

# GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAFEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAFEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5846. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Preisspalte oder deren Raum 20 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen Die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung. Rundschau. Politische Monatsschau. Gewerksch. Rückblicke auf das Jahr 1912. VI. Ohnmachtsgefasse. **Allgemeines:** Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1912, II. Die Graphik im Welthandel 1912. Zur Gehaltsskala für unsere Verbandsangestellten. Die Auskunft! Ortsberichte: Mannheim. — **Der Steindruck:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Die photomech. Fächer:** Noch einmal der Chemigraphentarif. — **Photogr. Mitarbeiter:** Auch ein Zukunftsbild. Von der Agitation. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Crefeld. — **Feuilleton:** Arbeiterbildung. Sollen die Lehrlinge an den Senfelderfeiern teilnehmen? Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.**

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten sind nachzutragen die Firmen

Schwartz & Heuschen in Düsseldorf,

Leopold Stüssgen in Krefeld.

Aus dem Verzeichnis der tariffreien Anstalten zu streichen ist die Firma

A. Hiedel in Leipzig.

Berlin, 14. Oktober 1913.

## Die Notwendigkeit der Arbeitslosenversicherung.

Man rühmt es unserer Zeit nach, die Zeit der Kohle und des Eisens, die Zeit des technischen Fortschrittes und der Industrie zu sein. Und in der Tat, wohl kein Zeitalter hat so gewaltige wirtschaftliche und soziale Umwälzungen, die so schnell die Struktur unserer Gesellschaft und die Lebensbedingungen in ihren Grundfesten so verändert haben, aufzuweisen, als die letzten dreißig Jahre.

In den siebziger Jahren war Deutschland fast ausschließlich Agrarland, das kaum im Stande war, seinen 41 Millionen Menschen Lebensunterhalt zu gewähren. Deutlich geht das aus der hohen Zahl der deutschen Auswanderer hervor, die allein 1872 über 125 650 betrug. Soweit von Industrie gesprochen werden konnte, war der Kleinbetrieb vorherrschend. 2231311 Kleinbetriebe mit 0—5 Gehilfen beschäftigten nahezu 6 1/2 Millionen Personen. Das änderte sich aber sehr bald. Der Großbetrieb eroberte das Feld und er war es auch, der neben einer eingehenden Arbeitsteilung auch die Kraft- und Werkzeugmaschinen in ungeahnter Weise zur Anwendung brachte. Dadurch wurde vor allem die Arbeit ergiebiger gestaltet; die Produktivität wurde erhöht, was auf der einen Seite den Reichtum ganz gewaltig steigern ließ. Aber bei der Arbeiterklasse zeigte sich die traurige Seite dieser Entwicklung. Gestiegene Anwendung von mechanischer Kraft bedeutet immer, daß menschliche Arbeitskraft überflüssig gemacht wird. Ein Betrieb, der eine große Zahl von Maschinen anwendet, braucht verhältnismäßig zur Herstellung der größeren Menge der Produkte weniger menschliche Arbeitskräfte. Die industrielle Reservearmee, wie Karl Marx die überschüssigen Arbeitskräfte genannt hat, ist die ernste Konsequenz der kapitalistischen Anwendung der Maschinen.

Die Adresse des Zentralvorstandes ist jetzt Otto Sillier, Berlin N. 28, Elsassstraße 86—88.

Wir stellen oben fest, daß die Kleinbetriebe 1872 allenthalben dominierten. 1882 zählte man in den 2882768 Kleinbetrieben nur noch 4335822 beschäftigte Personen. Die weitere Gewerbezahl von 1895 zeigt eine kleine Steigerung der beteiligten Personen; die Zahl beträgt 4770669. 1907 kommt der Sieg des Großbetriebes mit aller Deutlichkeit zur Geltung. Den 5353576 Personen, die im Kleinbetrieb beschäftigt sind, stehen 3644415 Personen gegenüber, die in Mittelbetrieben (6—50 Personen), und 5350025 Personen, die in Großbetrieben arbeiten. Insgesamt waren gewerblich tätig 14348016 Personen; während 1882 kaum die Hälfte (7340789) gewerblich tätig waren. Faßt man nun die Zahl der Lohnarbeiter in der Industrie, im Handel und Verkehr, die Lohnhilfskräfte in der Landwirtschaft, die unteren Beamten, das Dienstpersonal und deren Angehörigen zusammen, so bekommt man die Gesamtzahl der arbeitenden Klasse Deutschlands; diese beträgt 29,8 Millionen Menschen, also etwa die Hälfte von 61,7 Millionen der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Diese Ziffer, die wir der Berufsstatistik entnehmen, würde noch bedeutend höher sein, wenn es möglich wäre, die Zahl der Selbständigen, die direkt oder indirekt Lohnarbeiter der großen Kapitalisten sind, zu erfassen. Wie dem aber auch sei, fest steht, daß heute das Wohl und Wehe von fast 30 Millionen Menschen abhängig ist von einem Arbeitsverhältnis, das keineswegs als gesichertes gelten kann.

Als der Kleinbetrieb noch dominierte, war das Arbeitsverhältnis noch nicht den Einflüssen ausgesetzt, die heute, in der Zeit des Weltverkehrs und des Weltverkehrs, von ausschlaggebender Bedeutung sind. Der Absatz war übersichtlich. Die moderne Großindustrie stellt einen weitverzweigten Organismus dar, dessen Werkzeuge bis in die entferntesten Länder reichen. Eine Kursstockung an einer ausländischen Börse, eine politische Komplikation wirkt mit aller Schärfe auf den Arbeitsmarkt zurück, das heißt die Löhne werden reduziert und Arbeiter werden entlassen. Und noch bedeutend schlimmer ist es, wenn eine industrielle oder kommerzielle Krisis den ganzen Wirtschaftskörper erschüttert. Dann ist die ganze Existenz von Millionen Menschen in Frage gestellt. Die großen Unternehmungen suchen sich schadlos zu halten, indem sie große Massen von Arbeitern entlassen, um so einer Entwertung der Produktionsmittel vorzubeugen und auf günstigere Zeiten zu warten. Außerdem werden bei jeder Krisis die Kleinunternehmen zu einem großen Teil von den Großunternehmen aufgelesen, die mittels ihrer fortgeschrittenen Technik rationaler arbeiten. Die Arbeiter indessen werden der industriellen Reservearmee zugesellt.

Hinzu kommt noch, daß der Großbetrieb nur die Arbeiter beschäftigt, die in dem hastenden Mechanismus mitzukommen vermögen, also die Arbeiter bis zu vierzig Jahren. Deutlich zeigt das die Berufsstatistik. 77 Prozent oder 5389194 beschäftigte Arbeiter befanden sich in einem Alter unter 40 Jahren und nur 23 Proz. oder 1613899 waren 40 Jahre und darüber alt. Und fast ebenso wie in der Industrie ist es im Handel und Verkehr, wo 69,7 Proz. unter 40 Jahre alt sind.

Das ist ein Problem, wie wir es wohl kaum jemals hatten: daß wir selbst in den Zeiten des guten Geschäftsgangs Tausende von Menschen haben, die in ihrer Existenz auf die Arbeit angewiesen sind, aber mit dem besten Willen keine Beschäftigung finden können, weil Tag für Tag die Technik Arbeitskräfte überflüssig macht. Die Arbeitslosigkeit ist heute ein dauernder Bestandteil unsres kapitalistischen Wirtschaftssystems; sie wird in Krisenzeiten eine Massenerscheinung, die eine große soziale Gefahr darstellt. Denn wenn große Massen ohne Broterwerb sind, dann steigt die Zahl der Erkrankungen. Die Sterblichkeitsziffer erhöht sich, und die Zahl der Unglücklichen, die auf die Bahn des Verbrechens getrieben werden, vermehrt sich. Letzteres wollen wir nur durch ganz wenige Zahlen illustrieren. Im Deutschen Reich wurden im Krisenjahr 1908 548410 Personen bestraft, die sich gegen die Reichsgesetze vergangen hatten, gegen 530723 im Jahre 1907, in dem die Hochkonjunktur noch anhielt. Deutlicher noch kommt die Wirkung der Krise zum Ausdruck an den Ziffern der einfachen Diebstähle: sie betrug 1907 90848, 1908 dagegen 97977, worauf sie ständig bis auf 92665 im Jahre 1911 sank.

Einen Einblick in die Unzulänglichkeit des Arbeitsmarktes bieten uns die Ziffern der öffentlichen allgemeinen Arbeitsnachweise. Hier haben wir es vorwiegend mit älteren Arbeitern, die keinen gelernten Beruf haben, zu tun, und es ist natürlich ein großer Andrang zu verzeichnen. So wurden 1909 in Danzig 14080 Arbeitssuchende und nur 4055 offene Stellen gezählt, in Berlin mit Zweigstellen 204351 Arbeitsgesuche und nur 124160 offene Stellen. In Kiel suchten 38910 Arbeit, und nur 18299 Personen wurden verlangt; Bielefeld hatte für 20784 Arbeitssuchende nur 7030 Stellen. Die Zahlen der Arbeitssuchenden sind also gewaltig hoch, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in der Krise ein großer Teil der Arbeitslosen, der immer und immer wieder nach dem Nachweis kommt, die Aussichtslosigkeit einsieht und deswegen den Arbeitsnachweis nicht mehr besucht. Aber nicht nur bei öffentlichen Arbeitsnachweisen besteht die betrübende Tatsache, daß die Zahl der Arbeitssuchenden erheblich höher ist als die Zahl der offenen Stellen, sondern auch bei den Arbeitsnachweisen der Gewerkschaften. Ganz besonders schwer leidet dieses Jahr das Baugewerbe darunter. Hier kommen in den Monaten Juni und Juli 1912 auf 100 Mitglieder 4,8 Arbeitslose, in diesem Jahre dagegen auf 100 Mitglieder 45,1 Arbeitslose, die sich am Orte oder auf der Reise

befinden. Bei den Holzarbeitern zählte man im Vorjahre auf 100 Mitglieder 2,2, in diesem Jahre dagegen 4,9 Arbeitslose. Der Arbeitsmarkt in Groß-Berlin und Brandenburg zeigt gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme der Arbeitsgesuche um rund 14000 bei einer Abnahme der offenen Stellen um rund 59000 und der besetzten Stellen um rund 47000. Aus diesen bloßen Ziffern läßt sich deutlich die herannahende Krise erkennen, die in ihrer Wirkung vielleicht die schwerste sein wird in der Geschichte der letzten dreißig Jahre.

All das Elend und all die Not aber werden geradezu erschreckende Dimensionen annehmen. Wäre es möglich, das zu erfassen, es würde eine furchtbare Anklage gegen die Unvernunft und Unvollkommenheit unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems bilden, das auch dem Blödesten die Augen öffnete. Hier ist es notwendig, die Selbsthilfe der Gewerkschaften zu erwählen, die gerade in den Zeiten der niedergehenden Konjunktur manche Träne getrocknet und manchen Hunger gestillt haben. Nicht allein, daß durch die Arbeitsvermittlung dem Bestreben der Unternehmer, die Errungenschaften der guten Konjunktur wieder aufzuheben, ein Damm entgegen gesetzt worden ist, sondern die freien Gewerkschaften haben ihre Mitglieder, die arbeitslos waren, seit 1891 mit 68 Millionen Mark unterstützt. Naturgemäß sind diese Unterstützungen in der Krisis am höchsten.

Die Krise von 1908 hatte zur Folge, daß in den deutschen Fachverbänden von 1291420 Mitgliedern im 4. Quartal 56 170 oder 11,2 Proz. ohne Arbeit waren. Darunter waren die Holzarbeiter mit 146357 Mitgliedern und 12918 oder 9,0 Proz. Arbeitslosen, die Lithographen, Steindruck und verw. Berufe mit 17298 Mitgliedern und 1190 oder 7 Proz. Arbeitslosen, die Bäcker mit 15046 Mitgliedern und 1085 oder 7,3 Proz. Arbeitslosen. Von den Metallarbeitern waren bei einer Mitgliederziffer von 366052 4,2 Proz. oder 15142 arbeitslos. Der Verband der Tapezierer hatte 8177 Mitglieder, von denen 1629 oder 21,3 Proz. ohne Arbeit waren. Bei den Buchdruckern wurden im 3. Quartal 52813 Mitglieder gezählt, von denen 3651 oder 6,9 Proz. ohne Stellung waren. Die Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit betrug am Ort bei den Metallarbeitern 2673400, fast einnahmalf mal so viel als 1907. Bei den Lithographen betrug sie 156500 gegen 85500 im Vorjahre. 1908 zahlten die freien Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung 8134388 Mark und Reiseunterstützung 1184353 Mk., zusammen also 9318741 Mk. 1909 wurden gezahlt 8593928 Mk. für Arbeitslose und 1125829 für Mitglieder, die sich auf der Reise befanden, zusammen 9719757 Mk. Für Arbeitslosenunterstützung zahlten die Buchdrucker von ihren Gesamtausgaben 30,4, die Bäcker 20, die Lithographen 18,1, die Metallarbeiter 28, die Tapezierer 34,6 und die Holzarbeiter 30,7 Prozent.

Betrachten wir uns demgegenüber das was von den herrschenden Klassen zur Linderung der Not getan worden ist, so ist das so unzureichend und geringfügig, wie nur irgend wie gedacht werden kann. Reich und Bundesstaaten sind bis auf den heutigen Tag an dem Problem achtlos vorübergegangen. Die Vertreter der Arbeiterschaft haben bereits im Jahre 1902 auf dem Gewerkschaftskongreß eine Arbeitslosenversicherung gefordert. Der Fürst Bismarck, dem wohl nicht nachgesagt werden kann, daß er den Arbeitern »eine Prämie auf die Faulheit« oder eine »Versicherung der Arbeitschreuen« gewähren wollte, führte 1874 im Reichstag aus: »Geben sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit, solange er gesund ist.« Und weiter: »Dem Staat kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Unterhalt nicht selbst verdienen können.« Aber nichts ist von dieser Seite geschehen.

Da nun die Arbeitslosigkeit besonders eine großstädtische Erscheinung ist, haben die Großstädte durch Notstandsarbeiten, städtische Ar-

beitsnachweise und auch mittelst Unterstützung an die Arbeitsnachweise der Arbeitslosigkeit zu steuern versucht. So unterstützte Berlin den Verein für Arbeitsnachweis mit 60000 Mk., München mit 52435 Mk., Frankfurt a. M. mit 41935 Mk. und Stuttgart mit 37300 Mark. Notstandsarbeiten wurden vom Oktober 1907 bis März 1908 in 28 Städten mit einer durchschnittlichen Zeildauer von 74 Tagen ausgeführt. Die Arbeiten bestanden in Steineschlagen und Erdarbeiten, sodaß die große Zahl der qualifizierten Arbeiter keine Möglichkeit hatte, hierbei Erwerb zu finden. Fast ausschließlich wurden nur Ortsansässige zugelassen, 20 Städte beschränkten die Zulassung auf Verheiratete. Die Kosten, die die Notstandsarbeiten verursachten, bezifferten sich auf 695040 Mk.

Im Winter 1908/09 war die Krisis vollständig zur Geltung gekommen. Die große Arbeitslosigkeit machte es notwendig, daß Notstandsarbeiten in größerem Umfange vorgenommen wurden. 58 Städte waren dazu übergegangen. In Ludwigshafen wurden die Leute das ganze Jahr hindurch beschäftigt, aber nur 3 Tage in der Woche, während für die übrigen 3 Tage 50 Pfennig Unterstützung gezahlt wurden. Sonst betrug die Beschäftigungsdauer im Durchschnitt 124 Tage. Die Ortsangehörigkeit war wesentliche Voraussetzung. Die Löhne, die gezahlt wurden, betrugen in 17 Städten durchschnittlich 3 Mark, Mainz zahlte im Akkordlohn täglich 90 Pfg., Crefeld 1 Mk., Kassel und Chemnitz 1,50 Mk. Die Kosten beliefen sich in 55 Städten auf 3038210 Mk., also durchschnittlich pro Stadt 55240 Mark.

Mit den Notstandsarbeiten ist also keineswegs der Gesamtheit der Arbeitslosen geholfen. Hier muß eine umfassende Unterstützung Platz greifen. Der Allgemeinheit liegt es ob, die Opfer der Arbeitslosigkeit zu versorgen, denn sie hat das allererste Interesse daran. Es ist eine Barbarei, die unser vielgerühmten Kultur Hohn spricht, wenn Hunderttausende schuldlos der ärgsten Not, der Verzweiflung und dem Verbrechen in die Arme getrieben werden.

fm.

## Rundschau.

**Ein Schicksalsschlag.** Die älteste in Saalfeld (Saale) befindliche graphische Kunstanstalt, die *Wiedemannsche Hofbuchdruckerei*, hat am 14. Oktober nachmittags 6½ Uhr das Konkursverfahren über ihr Vermögen eröffnen lassen müssen. Im nächsten Jahre hätte diese Firma, die im Jahre 1714 gegründet wurde, ihr 200jähriges Bestehen feiern können. Alle Versuche, die zur Sanierung in letzter Zeit gemacht wurden, waren erfolglos, und auch die versuchte Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, von der wir berichteten, ist also vorläufig noch nicht gelungen. Lange kursierten schon Gerüchte, daß es so kommen werde, aber immer hoffte man mit zelmlicher Sicherheit auf eine andere Regelung. Es hat nicht sollen sein! Die Wiedemannsche Hofbuchdruckerei und lithographische Anstalt hatte vor drei Jahren die Buch-, Stein- und Lichtdruckerei von Schick & Schmidt aufgekauft und das wurde ihr zum Verhängnis. In eingeweihten Kreisen war diese Katastrophe nur eine Frage der Zeit; überrascht hat sie daher wohl niemanden. Die Firma Wiedemann hat in das Schick-Schmidtsche Geschäft, das sich keiner guten Einrichtung erfreute, manches hineingesteckt und »zugebuttert«. Hoffentlich wird der Betrieb während des Konkursverfahrens in allen Teilen aufrecht erhalten, damit unsere Kollegen keinen Schaden haben.

**Geschäftsergebnisse.** Die *Akt.-Ges. Münchener Chromolithographische Kunstanstalt* hatte im abgelaufenen Geschäftsjahre eine weitere Steigerung des Umsatzes, aber keine Steigerung der Preise. Nach 2900 Mk. Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 8699 Mk. (i. V. 8260 Mk.), wovon wieder 6 Prozent Dividende ausgeschüttet, 2000 Mk. wie im Vorjahre der Spezialreserve überwiesen und 1569 Mk. zu Extra-Abschreibungen verwendet werden. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr bezeichnen der Geschäftsbericht als zelmlich befriedigend, insbesondere sei das Unternehmen auf Monate hinaus voll beschäftigt.

**Die Anfänge des Steindrucks in Berlin.** Unter den Erwerbungen, die dem *Märkischen Museum* in Berlin in letzter Zeit gelungen sind, befinden sich auch graphische Blätter, die in die Anfänge des Steindrucks in Berlin führen. Es sind die ersten Versuche, die Wilhelm Reuter, ein geachteter Porträtmaler, im Beginn des vorigen Jahrhunderts mit dem neuen Verfahren anstellte, das er »Polyautographie« nannte. Von diesen »Inkunabeln der Lithographie« erwarb das Museum eine

erhebliche Anzahl, darunter ein Porträt Friedrich Wilhelms III. aus dem Jahre 1807 (ein seltenes Blatt), sowie Geschäfts- oder Besuchskarten des Künstlers.

»Deutschland im Bilde« wird vom *Bundesdeutscher Verkehrsvereine* als Sonderabteilung in der nächstjährigen Buchverbeausstellung in Leipzig dargestellt werden. Das Unternehmen bezweckt, allen Ausstellungsbesuchern, namentlich aber den in großer Zahl zu erwartenden Ausländern, die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten Deutschlands in guten Bildern vor Augen zu führen und damit einen Anreiz zum Besuche des deutschen Landes zu schaffen.

**Ein Unternehmerblatt über die Gelben.** Der Syndikus Dr. Cölsch in Barmen hatte den Unternehmern im Malergewerbe die Gründung gelber Malergehilfenvereine empfohlen. Das Organ des »Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe für Ost und Mitteldeutschland« polemisierte nun in seiner Nr. 30 scharf gegen diesen Vorschlag, nicht weil es ihn prinzipiell verwirft, sondern weil ihm seine Verwirklichung für die armen Malermeister zu kostspielig erscheint. Dabel fällt es aber über die Gelben auch das folgende zutreffende Urteil: »Die Arbeitnehmer, die sich als Gelbe hergeben, sind ja bekanntlich keine von denen, die auch in die Taschen greifen wollen. Vielmehr sind es gewöhnlich Leute, die im Trüben fischen wollen. Wie bei den Arbeitgebern selbst, so wollen solche Elemente auch bei den Arbeitnehmern keiner Organisation angehören, vor allem keinerlei Opfer für solche bringen und als Nichtorganisierte bei den Arbeitgebern lieb Kind spielen, andererseits aber doch an allen Vorteilen teilnehmen.« Dieser den Nagel auf den Kopf treffenden Einschätzung der gelben Unternehmerlieblinge durch ein Unternehmerblatt haben wir nichts hinzuzufügen.

**Ein Unternehmerurteil über die »nützlichen Elemente.«** fällt der Stettiner Speditureverein in einem »vertraulichen« Berichte über den Stettiner Hafenerbeiterstreik an die Spediture im Reiche. Es lautet: »Der während des Streiks durch die auswärtige Streikbrechermannschaft geleistete Notbehelf kann naturgemäß nicht anders als mangelhaft sein, zumal es sich nicht nur um körperliche Arbeit, sondern zugleich um die unentbehrlichen Dienste des gleichfalls teilweise streikenden Aufsichtspersonals (z. B. der Leute, die die Güter unter Austausch der Quittungen abnehmen und herausgeben) handelt. Es sind zusammengefaßte, nicht besonders kräftige, ungeübte Leute, die durchschnittlich zwar das Doppelte des regulären Lohnes kosten, aber nur die Hälfte leisten von dem, was geübte Leute schaffen, so daß die Arbeit etwa viermal so viel wie sonst, in vielen Fällen mehr kostet und ungeachtet der noch größeren Anzahl Leute langsamer und unregelmäßiger vonstatten geht.«

**Kulturdokument.** Ein Bild grenzenlos Elends wurde in Berlin bei einer nächtlichen Razzia auf dem Laubengelände zwischen der Kissingen- und Granitzstraße entdeckt. Kriminalbeamte stießen bei der Streife auf verschiedene Lauben, deren Zustände geradezu jeder Beschreibung spotteten. So fand man u. a. ein Laubenhaus, dessen Luftraum 25 Kubikmeter beträgt und in dem nicht weniger als sieben erwachsene Personen nächtigen. Noch schlimmer stand es um eine Laube, die nicht einmal solchen Rauminhalt aufweist und in der noch mehr Personen hausten. Unter den letzteren befand sich auch ein zwölfjähriges Mädchen. Aber nicht allein die Menschen nächtigten in dem engen Raume, sondern man entdeckte dort auch noch Kaninchen, Hunde, Hühner, ja sogar zwei Schweine. Die Insassen der Laube waren durchweg nicht angemeldet, obdachlose Personen, die sämtlich sistiert wurden. Mehrere der Lauben wurden polizeilich geschlossen. Vielfach suchten solche Obdachlose, die im Asyl in der Fröbelstraße keine Aufnahme mehr finden, in den vor Schmutz und Ungeziefer starrenden Lauben Unterschlupf, und häufig müssen auch Kinder die Lagerstätte mit den Fremden teilen. — Ach so! Wir leben ja in der besten aller Welten.

## Aus dem Auslande.

**Osterreich.** Die Leitung unseres österreichischen Bruderverbandes ersucht uns, die deutschen Kollegen mit folgender Bestimmung des Statuts des österreichischen Senefelderbundes ausdrücklich bekannt zu machen: § 6. Jedes Mitglied, welches ohne Einwilligung oder mit Umgehung der Stellenvermittlung einen Posten annimmt oder vermittelt, verliert dadurch für die ganze Dauer einer Kondition, sowie nach erfolgter Kündigung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit jedweden Anspruch auf wech immer für eine Unterstützung. Ein auf solche Art außer Genuß gesetztes Mitglied erlangt erst dann wieder seine vollen Rechte, sobald es eine anderweitige, von der Stellenvermittlung zugewiesene adäquate Kondition nachweisen kann. Jedoch steht dem Zentralausschusse auf Befürwortung der Ortsgruppenleitung, der das von dieser Bestimmung betroffene Mitglied untersteht, das Recht zu, diese Maßregel nach einjähriger Kondition aufzuheben. Im Wiederholungsfall wird das Mitglied aus dem österreichischen Senefelder-Bund ausgeschlossen. Wir ersuchen alle deutschen Kollegen, die Stellung in Osterreich annehmen möchten, diese Bestimmung im eigenen Interesse genau zu beachten.

## Politische Monatsschau.

Berlin, den 20. Oktober 1913

Nach dem sozialdemokratischen Parteitag: Gegner der Arbeitslosenfürsorge; Rhodus für Freisinn und Zentrum. Reichstagsersatzwahlen in Dresden und Hamburg. Landtagswahlen in Baden. Monatsdemonstrationen heute und vom 10. November. Neue Freiheitkämpfe

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist so verlaufen, wie es jeder Kenner des Willens zur Einheit innerhalb der iregularisierten deutschen Arbeiterschaft und wie es jeder vorurteilsfreie Beurteiler der jetzigen prekären politischen und wirtschaftlichen Situation erwartete. An eine Spaltung der Partei war garnicht zu denken. Immerhin hatte man selbst in unseren Kreisen damit gerechnet, daß es zu scharfen Auseinandersetzungen kommen würde, daß die Meinungen hart aufeinanderplatzen würden. Es ist nicht halb so schlimm geworden und es ist auch nicht schwer zu sagen: warum. Der Parteitag stand unter dem Zeichen eines rapid einsetzenden wirtschaftlichen Konjunkturrückganges. Wenn die bittere Not mit verstärkter Macht in den Arbeiterwohnungen einkehrt, stellt man hochfliegende Kampfpläne gern für kurze Zeit beiseite und wendet sich zunächst näherliegenden praktischen Zielen zu. Zielen, die darauf hinauslaufen, die Kämpfer über dem Wasser und zusammen zu halten. Verzweigungskämpfe einer durch Not und bitterstes Elend zermürbten Truppe versprechen in einem baionettierenden Militärstaate und gegen diesen gerichtet keinen Erfolg. So wandte sich denn auch der Parteitag über die Massenstreikdebatte der Arbeitslosenfürsorge zu und brachte damit eine Frage auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens, die der Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterschaft sicher ist. Mit Ausnahme vielleicht einiger knechtlicher Wirtschaftsfriedlicher und solcher, die in ersterbender Demut weifremden Pfaffen folgend ihr elendes Daseln als gottgewollte Prüfung hinnehmen. Sie wollen Knechte bleiben.

Wie stark aber der Parteitag mit der Forderung und Propagierung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung den profitüsteren Herrenmenschen und deren Trabanten von der Feder, der Kanzel und dem Lehrstuhl ins Gehege kam, beweist das abstoßende Geheul in bürgerlichen Kreisen, das bis heute noch nicht verstummt ist. Es wird allerdings noch bedeutend anschwellen, wenn die Herren Kommerzien- und Aufsichtsräte erst mit verdorbenen Magen von den Festessen des Völkerschladtrummels heimkehren und ihnen der Schrei der Proletarermassen nach Brot und Arbeit unangenehm an die Ohren klingt. Dann entringen sich den frommen patriotischen Zähnen wohl noch andere Injurien als: »Arbeitslosenfürsorge? — Prämie auf die Faulheit!« Doch das wird nur Öl ins Feuer sein. Der Parteitag hat die Lösung ausgegeben, die Forderung ist lebendig:

Nicht nur aus den Versammlungssälen wird sie nicht mehr verschwinden, sondern auch in den Parlamenten, wo wirkliche Arbeitervertreter sitzen, wird sie mit noch größerem Nachdruck als bisher vertreten werden und den freisinnigen und zentrumlichen Arbeiterfreunden Gelegenheit geben, ihr demokratisches oder philanthropisches Herz zu offenbaren. Man mag daher über die Beschlüsse des Parteitages denken wie man will, und manche von ihnen, z. B. auch der zur Steuerfrage, dürfte sich eines längeren Daselns kaum zu erfreuen haben. Wenn wirklich von nichts anderem, so würde allein durch die offizielle Stellungnahme zur Arbeitslosenfürsorge der Parteitag seine Bedeutung erhalten. Er hat aber auch gerade dadurch aufs neue bewiesen, daß sich politische Fragen von wirtschaftlichen und umgekehrt nicht trennen lassen. Daraus folgt (das sei zur Berichtigung des Druckfehlers in der vorigen »Politischen Monatsschau« betont), daß die Kämpfe der Zukunft nicht nurpolitische oder nurwirtschaftliche sein werden. Auf jeden Fall können die Gewerkschaften mit dem Verlauf der Tagung der deutschen Arbeiterpartei zufrieden sein.

Nicht so die Gegner, deren Hoffnung auf Spaltung elend zusehender wurde. Nach dem Parteitag sind ihnen aber auch noch ein paar andere Felle fortgeschwommen, die sie gern als Beute des Jubiläumjahres helmgeschleppt hätten. Es sind die beiden Reichstagsmandate in Dresden und Hamburg. In der rechtselbischen Hälfte der sächsischen Haupt- und Residenzstadt und den zu dem 4. sächsischen Wahlkreis gehörigen Landgemeinden war eine Ersatzwahl für den verstorbenen Kadet, der den Kreis 15 Jahre im Reichstage vertrat, vorzunehmen. Nach den gescheiterten Versuchen, eine Kartellkandidatur des bürgerlichen Mischmaschs zusammenzubringen, standen dem Sozialdemokraten ein Kandidat der Konservativen und Antisemiten und einer der Liberalen gegenüber. Sie kamen jedoch beide gar nicht auf die Füße zu stehen, denn der Sozialdemokrat wurde mit einem Vorsprung von ca. 6000 Stimmen gegen 5000 im Januar 1912 gewählt. Das ist allerdings eine bittere Pille für die Mordspatrioten, die gerade im gemütlichen Sachsen glauben den Jubiläumstrausch bis zur erreichbaren Höhe gestelgt zu haben. Dazu kommt nun noch einen Tag vor Beginn des Tanzes um den Leipziger Steinhauen das Flasko der Pfeffersäcke an der Wasserkante. Hatte man in bürgerlichen Kreisen fast allgemein an das Ableben Bebels die Hoffnung auf ein Auseinanderlaufen der ihres Führers beraubten Partei geknüpft, so glaubte man, nachdem das nicht eingetroffen war, in Hamburg wenigstens die Sozialdemokratie aus dem 25. Jahre in Bebels Besitz befindlichen Wahlkreis zu verdrängen. Doch

auch damit war es nichts. Trotzdem 4 bürgerliche Kandidaten dem Sozialdemokraten gegenüber standen, reichte die auf sie entfallende Stimmenzahl nicht im entferntesten zur Herbeiführung einer Stichwahl, denn der Genosse Stollen läßt seine Mitbewerber um das Mandat um 9000 Stimmen im Hintertreffen. Allerdings entfallen auf Stolten 3000 Stimmen weniger als Debel 1912 hatte. Ob daran der abgedrehte Werftarbeiterstreik schuld ist, oder ob sich ein großer Teil sozialdemokratischer Wähler in Sicherheit wiegte, oder ob hier vielleicht gar der gelbe Hakenarbeiterverein einen vorübergehenden »Erfolg« zu verzeichnen hat, das muß erst eine gewissenhafte Nachprüfung ergeben. Denn wenn auch auf bürgerlicher Seite trotz aller Raffinerie ein Minus von 900 Stimmen gegen 1912 zu verzeichnen ist, so kann man über den Ausfall der 3000 sozialdemokratischen Stimmen doch nicht so ohne weiteres hinweggehen. Nun, die rote Fahne weht noch lange über Hamburg i und schon die nächste Reichstagswahl wird ein anderes Bild zeigen und den Schaden ausbessern.

Mit mehr Spannung als den eben genannten Nachwahlen in zwei sicheren Kreisen sieht man den Landtagswahlen in Baden entgegen, für die am Dienstag der erste Gang ausgefochten wird. Die Devise ist dort: gegen das Zentrum. Obwohl sich das Verhältnis der katholischen Bevölkerung Badens zu der anderer Konfessionen etwa wie 3 : 2 gestaltet, ist es bei den letzten Wahlen infolge des Blockabkommens dem Zentrum nicht gelungen, die politische Herrschaft an sich zu reißen. Der Wahlkampf ist daher erbittert und heiß. Das Abkommen ist zwar auch diesmal für den zweiten Wahlgang wieder perfekt geworden; es läßt aber bei dem bekannten Drehkoller der Liberalen noch gar keine Schlüsse zu. Insbesondere da die Hauptrolle den Nationalliberalen zufällt, die den Dreh- und Umfallrekord noch immer vor ihren Stiefbrüdern vom Freisinn an sich gerissen haben. In politischer Beziehung gehört bei ihnen nichts ins Reich der Fabel. Bringen sie es doch fertig, im Süden mit den Sozialdemokraten Geschäfte zu machen und sich zu gleicher Zeit im Norden die Köpfe zu zerbrechen über dem Volke höchst gleichgültige dynastische Interessen des Hauses Hohenzollern.

Es ist überhaupt etwas äußerst merkwürdiges jetzt mit den dynastischen Geschäften im Leben deutschen Reiche. Die Bayern sollen für ihren verrückten König einen richtiggehenden haben; Braunschweig ist dazu ausersehen, wieder einen Herzog zu kriegen; und selbst Elsaß-Lothringen kann sich vielleicht bald eines kaiserlichen Prinzen, vorerst wenigstens als Statthalter erfreuen. Fast scheint es, als ob die Herstellung von Königen und Herzögen zur Zeit die brennendste Frage für das deutsche Volk sei. Derwetlen steht seine Mehrheit dieser Arbeitsvermittlung kühl bis ans Herz gegenüber. Befindet sich doch der Eller einiger adliger Linien in der Beschaffung von Thronen und Thronchen für ihre Familienangehörigen in direktem Widerspruch mit der Angst und Laueht, die vor 100 Jahren die deutschen Fürsten bei der Verteidigung ihrer Throne besaß. Heute fragt man nicht nach dem Willen des Volkes, kümmert sich garnicht darum, ob außer einigen Hofschranzen und hoflieferantenteilsichtigen Krämeren noch jemand einen Fürsten haben will. Vor hundert Jahren war es dagegen das Volk, das seine Haut zu Markte trug und die Throne der deutschen Fürsten wieder auf die Füße stellte. Die Zeugnisse für die »Tapferkeit« der Potentaten damaliger Zeit sind in Massen erhalten geblieben. So schrieb beispielsweise der Freiherr vom Stein nach der Schlacht bei Leipzig: »Wir danken dieses große Resultat nicht dem Einflusse feiger Staatsmänner und elender Fürsten, und der alte Blücher brachte einen Trinkspruch aus »auf das Wohlsein des Feldherren, der drei Monarchen in seinem Hauptquartier hatte, und den Feind dennoch schlug.« Und doch, einen gewissen Eifer entwickelten die Herren Regierer schon um ihr Gottesgnadentum. Sie pendelten überaus eifrig mit ihrer Liebedienerei zwischen dem von der Revolution erhobenen Korse und dem von der Mordlust der Kosaken getragenen Zaren hin und her. Furchtbar eifrig waren sie auch im Versprechen der Freiheit für das Volk, als der Siern Napoleons zu sinken begann. Freiheit und Unabhängigkeit als unäußerliche Stammgüter der Völker, die selbständige Ordnung ihrer äußerlichen und inneren Verhältnisse sollten nach geschlossenem Frieden die Tribute an die Befreiungskämpfer sein. Was hat sich davon erfüllt? Nichts! 35 Jahre später karitätsste die schwärzeste Reaktion die neuen Kämpfer gegen die neue Fremdherrschaft nieder und betrog das Volk um seine verfassungsmäßigen Rechte. Schritt für Schritt muß es sich diese bis auf den heutigen Tag in ununterbrochenem erbittertem Ringen verschaffen. Darum ist es ein Hohn auf die Geschichte und das Volk wenn heute auf den blutgetränkten Feldern von Leipzig ausgerechnet Monarchen das Jubiläum des Befreiungskrieges feiern. Das »Volk« wird im Umkreis von 2 Kilometern ferngehalten. Dagegen nimmt eine Abordnung von Kosaken — wörtlich übersezt Straßenräuber — am Befreiungsfeste teil. **Blutiger Hohn.** Langheinrich hat Recht: Und wenn Dich Kinder und Enkel fragen: Wer hat die Leipziger Schlacht geschlagen Vom bangen Morgen zur flammenden Nacht? Sag ihnen: Das waren nicht Potentaten Mit Feldherrnstab und mit Ordenszieraten, Nicht gottgesalbte glückende Macht!

Und wenn Dich Kinder und Enkel fragen, So sollst Du ihnen zum zweiten sagen: *Noch immer ist es in Deutschland Nacht, Noch schmieden die Dunklen an Fesseln und Ketten, Noch rüsten wir, uns aus dem Irrwah zu retten, Zur letzten befreienden Geisterschlacht.*

gdL

## Gewerkschaftliche Rückblicke auf das Jahr 1912.

### VI. Die Lohnbewegungen und Kämpfe im Jahre 1912.

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war den auf die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Arbeiterschaft nicht so günstig als die des Jahres 1911. Die langwierigen Balkanwirren und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl wichtiger Industrien flaute der Geschäftsgang erheblich ab, der Grad der Arbeitslosigkeit verschärfte sich und ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Trotzdem ist gegen 1911 zahlenmäßig eine Vermehrung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden statt insgesamt 9961 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung, an denen zusammen 1254358 Personen beteiligt waren. Für 1911 wurden 9670 Bewegungen mit 1011669 Beteiligten gezählt, so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 291 Bewegungen und 242689 Personen aufwies. Bei diesem Zahlenverhältnis muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreik ausbrach, an welchem vom Bergarbeiterverband 237732 Personen beteiligt waren.

Von den 9961 Bewegungen des Jahres 1912 verliefen 7136 = 71,6 Proz. (1911: 69,9 Proz.) mit 774769 Beteiligten = 61,8 Proz. (1911: 67,9 Proz.) ohne Arbeitseinstellung. In 2825 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479589 Personen durch Arbeitseinstellung beteiligt waren. Der Anteil der friedlich verlaufenen Bewegungen an der Gesamtzahl ist gegen 1911 um 1,7 Proz., gegen 1905, in welchem zum ersten Male die Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt wurden, sogar um 15,5 Proz. gestiegen. In diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die wachsende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung des Streiks ankommt, wie die Scharfmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Erdrosselung des Koalitionsrechtes zu machen, sondern auf die notwendige Verbesserung ihrer Lebenslage. Die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung verursachten eine Gesamtausgabe von 11733749 Mark, 4538564 Mk. weniger als 1911.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6304 unternommen um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. An diesen Bewegungen nahmen 736407 Personen teil. 832 Bewegungen mit 38362 Beteiligten wurden dagegen durch das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hervorgerufen. Die Zahl der Angriffsbewegungen ist gegenüber dem Jahre 1911 um 436 und die der Beteiligten um 73982 gestiegen. Abwehrbewegungen haben zwar 56 weniger stattgefunden, indes hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen um 14371 vermehrt. Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem im Jahre 1911 erreichten. Sie waren in 4642 Fällen = 73,8 Proz. (1911: 76,9 Proz.) mit 511232 Beteiligten = 69,4 Proz. (1911: 67,3 Proz.) erfolgreich und in 1512 Fällen = 24,0 Proz. (1911: 20,1 Proz.) mit 20558 Beteiligten = 27,9 Proz. (1911: 25,7 Proz.) teilweise erfolgreich. Die Abwehrbewegungen verliefen, soweit dabei die erfolgreichsten in Frage kommen, günstiger, die mit teilweisem Erfolg beendeten ungünstiger als 1911. Sie endeten in 676 Fällen = 81,2 Prozent (1911: 79,5 Prozent) mit 36477 Beteiligten = 95,1 Proz. (1911: 88,0 Proz.) erfolgreich und in 73 Fällen = 8,8 Proz. (1911: 10,5 Prozent) mit 982 Personen = 2,6 Proz. (1911: 8,7 Prozent) teilweise erfolgreich. Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erforderten eine Ausgabe von 247384 Mk., 37977 Mk. mehr als 1911.

Beeinflußt von dem umfangreichen Bergarbeiterstreik bieten die im Jahre 1912 durch das Mittel der Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher Weise der Bergarbeiterstreik auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreik entfällt. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit vier Streikfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. 1912 betrug die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 (1911: 2914) und die Zahl der daran beteiligten Personen 479589 (1911: 325253). Demnach haben gegen das Vorjahr 89 Kämpfe weniger stattgefunden, indes die Zahl der Beteiligten um 154336 gestiegen ist. Rechnet man von der Gesamtzahl der Personen die 237732 Beteiligten des Bergarbeiterverbandes

ab, so wäre entsprechend der verminderten Zahl der Kämpfe eine geringere Zahl von Beteiligten zu verzeichnen. Unter den 479 589 Beteiligten des Jahres befanden sich 27 557 weibliche Personen (1911: 51 080). Der Rückgang an Kämpfen erstreckt sich nur auf die Streiks; Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vollzogen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffstreiks (1911: 1705) und 926 Abwehrstreiks (1911: 1002); Aussperrungen erfolgten 356 (1911: 207). Von den Personen, die 1912 im Kampfe standen, kommen 352 090 (1911: 169 657) auf die Angriff- und 45 400 (1911: 42 239) auf die Abwehrstreiks. Von den Aussperrungen wurden 82 099 (1911: 113 357) Personen betroffen. Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 = 61,7 Prozent (1911: 65,3 Proz.) erfolgreich, 458 = 16,4 Prozent (1911: 15,3 Proz.) teilweise erfolgreich und 538 = 19,3 Proz. (1911: 19,0 Proz.) erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5739 Beteiligten blieb der Ausgang unbekannt und 45 mit 3982 Beteiligten waren am Jahresende nicht beendet. Auf je 100 Kämpfe entfallen 1912 3,6 erfolgreich beendete weniger. Der Prozentsatz der teilweise erfolgreichen Kämpfe ist dagegen nur gering gestiegen und die erfolglosen Kämpfe nehmen fast den gleichen Stand wie 1911 ein. Infolge des erfolglos verlaufenen Bergarbeiterstreiks sind die prozentualen Erfolgsziffern der Beteiligten erheblich ungünstiger als im Vorjahre, was sich in ganz besonders starker Weise bei den Angriffstreiks bemerkbar macht. Bei einem Vergleich dieser Ziffern mit denen der Vorjahre lassen sich deshalb allgemeine Schlußfolgerungen daraus nicht ziehen. Es hatten von den Beteiligten vollen Erfolg 134 798 = 28,4 Proz. (1911: 38,8 Proz.), teilweisen Erfolg 60 091 = 12,6 Proz. (1911: 39,9 Proz.) und keinen Erfolg 274 979 = 57,8 Proz. (1911: 19,9 Proz.). Die Kämpfe des Jahres 1912 erforderten eine Gesamtausgabe von 11 486 365 Mk. (1911: 16 062 906 Mk.) Sie ist um 4576 541 Mk. geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten kommen auf die Angriffstreiks 6 911 857 Mk., die Abwehrstreiks 947 925 Mk. und die Aussperrungen 3 576 615 Mk. Außerdem veranschlagte 4 Verbände noch 268 968 Mk. an Unterstützung für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren.

Von den 1543 Angriffstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohnerhöhungen zu erreichen. 293 813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 39 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung 572 Streiks mit 44 906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffstreiks endeten 940 mit 56 893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32 012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 35 7819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrstreiks wurden 333 mit 9973 Beteiligten geführt, um eine Lohnreduktion abzuwehren. In 231 Fällen war Maßregelung von Arbeitern die Ursache des Streiks, von welchen 13 498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen wurde zur Wahrung des Koalitionsrechtes die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung unternommen. Der Ausgang der gesamten Abwehrstreiks war in 59 Fällen mit 29 263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer 1912 nicht gut abgeschnitten. Von den gesamten 356 Aussperrungen endeten 52,3 (1911: 39,2) Prozent für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verfehlte vollständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit dem Prozentsatz der erfolgreichen Aussperrungen übertrug das Jahr 1912 alle früheren Berichtsjahre. Die mit teilweise Erfolg beendeten Aussperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahre zurück. Die Aussperrungen, die den Unternehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verliefen, gingen von 29,4 im Vorjahre auf 14,4 Proz. zurück.

Durch die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurde 1912 insgesamt erreicht: Eine Arbeitszeitverkürzung für 378 185 Personen von zusammen 830 151 Stunden pro Woche. Ferner eine Lohnerhöhung für 530 021 Personen von zusammen 946 961 Mk. pro Woche. Außerdem erreichten 388 563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. 1911 erzielten 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760 594 Stunden und 592 066 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 1 058 594 Mark pro Woche. Ein Vergleich der Zahlen ergibt, daß 1912 ein größeres Maß von Arbeitszeitverkürzung errungen wurde, während die Erfolge bei den Lohnerhöhungen geringer sind. Es kommt jedoch hierbei in Betracht, daß sowohl in der Zahl der Personen wie auch in der Gesamtsumme der Lohnerhöhung nicht die von dem Buchdruckerverband bei dem Abschluß des neuen Tarifvertrages erreichten Lohnaufbesserungen enthalten sind. Der Vorstand des Verbandes bemerkt hierzu, daß alle Personen, die zum Lohnminimum und bis zu 3 Mk. über diesem entlohnt wurden, eine Lohnaufbesserung von 10 Proz., der übrige Teil Lohnzulagen von 1,25 Mk. bis 2,25 Mk. pro Woche erhalten habe. Da unter den abgeschlossenen Tarifverträgen 66 976

Personen fallen, so kann man ruhig behaupten, daß mit Einschluß der vom Buchdruckerverband erreichten Erfolge die im Jahre 1912 in bezug auf Lohnerhöhung erreichten Resultate den vorjährigen entsprechen dürften. Im Durchschnitt entfällt 1912 auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von 2/4 Stunden und eine Lohnerhöhung von 1,79 Mk. pro Woche. 1911 betrug der Durchschnittssatz an Lohnerhöhung gleichfalls 1,79 Mk. pro Woche dagegen die durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung 2/4 Stunden. Sonstige Verbesserungen erreichten 5055 Personen weniger als im Vorjahre.

Durch die Abwehrbewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung wurde 1912 abgewehrt: Für 2337 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 11 042 Stunden und für 19 840 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 38 794 Mk. pro Woche; ferner für 55 589 Personen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Trotz erfolgter Abwehr traten an Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 414 Stunden und für 1187 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3014 Mk. pro Woche. Sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erlitten 1738 Personen.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1912 der weitaus größte Teil des Erreichten auf die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Von der gesamten Arbeitszeitverkürzung wurde für 319 547 Personen = 84,5 Proz. zusammen 677 241 Stunden = 81,6 Prozent und von der gesamten Lohnerhöhung für 345 074 Personen = 65,1 Proz. zusammen 644 501 Mk. = 68,1 Proz. bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erreicht.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4804 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 351 548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3809 für 250 841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Aussperrungen. 1911 erfolgte der Abschluß von 3499 Verträgen für 304 481 Personen. Demnach wurden 1912 in 1305 Fällen mehr als 1911 Verträge abgeschlossen. Der größte Teil der Verträge entfällt auf das Baugewerbe, der größte Teil der Personen, für die Verträge abgeschlossen wurden, kommt dagegen auf das graphische Gewerbe, was auf die Erneuerung des Buchdrucker-Tarifs zurückzuführen ist. — Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Arbeiter ansprechen können. Es kommt bei der Bewertung eines solchen in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Arbeitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar: daß in dem gegenwärtigen Bestreben, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für eine völlige Umbildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechtes dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein.

Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen entgegenführen, die für die Zukunft des Proletariats von entscheidender Bedeutung sein werden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden. Noch stehen Millionen von Arbeitern den Gewerkschaften fern. Diese unangeklärten Massen werden durch die immer stärker erfolgenden, konzentrischen Angriffe des Unternehmertums immer weiter in die Kämpfe um die wirtschaftliche Macht hineingezogen. Sie werden zum Klassenbewußtsein kommen und die Reihen ihrer kämpfenden Klassengenossen verstärken.

## Ohnmachtsgefasel.

Auf dem deutschen Parteilage und vorher, in der Presse und in Versammlungen, ist wiederholt betont worden, daß zurzeit an einen Massenstreik nicht gedacht werden könne. Darob in einer Reihe gegnerischer Organe helle Freude. Das Blatt der M. Gladbacher Gewerkschaftschriften, die »Westdeutsche Arbeiterzeitung«, orakelt von »Müdigkeit«, andere Blätter salbadern sogar von einer Ohnmachtserklärung. Das hindert die Siebenmalweisen jedoch nicht, fast in demselben Atemzuge ihrer überreizten Phantasie Schreckensbilder über die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie und beängstigender terroristischer Herrschaft der freien Gewerkschaften erstehen zu lassen. Das Gewerkschaftsorgan zum Beispiel bringt in derselben Nummer, in der es eine »Müdigkeit« der Sozialdemokratie konstatierte, einen Alarmruf, der die Christen zur Verteidigung gegen die auf der ganzen Linie rüstenden und vorwärtsetzenden »Roten« anfeuern soll, und stößt in einem spaltenlangen Elaborat bewegliche Klage aus über Monopolbestrebungen freier Gewerkschaften.

Mit der meist gekünstelten Freude über die angebliche Ohnmacht der freien Gewerkschaften verfolgt man bestimmte Zwecke. Man will Organisierte und Unorganisierte verzagt machen, Verdrossenheit bei ihnen erregen, ihnen den Glauben an die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Organisation rauben. Die noch nicht sehr Gefestigten sollen ab-

trünnig, die noch draußen Stehenden von dem Anschluß an die Organisation abgehalten werden. Mit Erfolgen in diesem Sinne hätte man dem Kapital einen prächtigen Dienst erwiesen, die Arbeiterschaft geschwächt.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit der Stärke, der Kampf- und Erfolgsmöglichkeit der Gewerkschaften? Was steckt hinter dem Gerede von Müdigkeit und Ohnmacht? Ist mit dem Eingeständnis, daß man jetzt keinen Massenstreik haben will, daß man zurzeit von einer solchen Aktion gar eine Niederlage für die Arbeiter befürchtet, irgend etwas Neues gesagt, ist damit das Zugeben einer Schwäche verbunden? Mit nichten! Dasselbe ist bei andern Gelegenheiten schon oft und noch unumwundener gesagt worden.

Daß man in Krisenzeiten Streiks möglichst vermeidet, gehört zu dem Abc gewerkschaftlicher Taktik. Nicht erst seit gestern und heute. Der Streik ist eine scharfe, ja die schärfste Waffe des Proletariats im Klassenkampf. Aber es ist auch ein zweischneidiges Schwert. Seine Anwendung, soll sie den Arbeitern Erfolge sichern, bedingt strategische Geschicklichkeit und vor allem das Erfassen des richtigen Zeitpunktes.

Die Umstände, die Konjunktur bestimmen die Schärfe der Waffe des Streiks. Streiken heißt, dem Unternehmer die Arbeitskraft versagen. Je nachdem die Arbeitskraft mehr oder minder begehrt ist, wird der Unternehmer durch das Versagen der Arbeitskraft (Streik) mehr oder minder erheblich und empfindlich getroffen. Bei großer Nachfrage am Arbeitsmarkt ist die Streikwaffe scharf und schneidend. Sie stumps ab in dem Maße, wie das Angebot von Arbeitskräften zunimmt. Wächst das Angebot über die Nachfrage weit hinaus, dann ist die Waffe für den Arbeiter fast gänzlich unbrauchbar. Der Unternehmer reißt sich vor Vergnügen die Fäuste, wenn bei schlechter Konjunktur ein Streik ausbricht. Er ist der Notwendigkeit, Lohn zu zahlen, enthoben, die Gewerkschaftskassen werden leer. Mehr kann der Unternehmer wirklich nicht verlangen.

Wie sieht es gerade jetzt auf dem Arbeitsmarkt aus? Das Heer der Beschäftigungslosen wächst in unheimlicher Weise. Anscheinend stehen wir am Anfang einer schweren allgemeinen Krise. In einem solchen Augenblick einen Massenstreik inszenieren zu wollen, wäre das Unklügste, was die Arbeiter beginnen könnten. Ein Massenstreik jetzt käme dem Unternehmertum wie gerufen, wie bestellt. Die Arbeiter könnten sich dabei finanziell verbluten, sie wären dann kampfunfähig, wenn wieder eine bessere Konjunktur anhebt, und sie müßten, ohne Wahl, mit Arbeitsbedingungen nach dem Diktum der Unternehmer zufrieden sein. Unter solchen Umständen, mit solchen Aussichten begnügt man keinen Streik, sicher keinen Massenstreik.

Das offen auszusprechen, bedeutet keine Schwäche. Es bedeutet vielmehr, daß man nicht dumm und leichtfertig genug ist, sich selbst und dem Gegner etwas vorzusetzen zu wollen. Daß die Gewerkschaften in Krisenzeiten mit der Streikwaffe sich selbst schwer verwunden können, das wispert die Unternehmer natürlich genau so gut wie wir selbst. Aber es ist ihnen auch nicht unbekannt, daß die Gewerkschaften ohne Streiks nicht machtlos sind. Nicht die objektive Macht, das heißt die Macht, die eine Organisation im offenen Kampfe mit dem Unternehmer darstellt, ist allein bestimmend für ihre Erfolge. Ihr moralischer und indirekter Einfluß ist unberechenbar. Wäre der Gewerkschaften Erfolgsmäßig von ihrer Streikfähigkeit vollständig abhängig, dann würden die Großindustriellen nicht in der bekannten, den Gipfel erstelgenden Gehässigkeit gegen die Gewerkschaften toben und hetzen. Die Könige der Industrie werden von Streiks wenig berührt. Trotzdem schmieden sie als Oberscharfmacher Attentatspläne gegen das Koalitionsrecht, um dadurch möglichst jede gewerkschaftliche Tätigkeit zu unterbinden, die Organisationen zu zerschmettern.

Warum solches Bemühen? Warum, obwohl, abgesehen vom Bergbau, die Großindustrie von Streiks fast gar nicht betroffen wird? Weil die Gewerkschaften nicht allein durch Streiks, sondern schon allein durch ihr Dasein, weiter durch ihre sozialpolitisch und wirtschaftlich aufklärende, die Gesetzgebung beeinflussende Tätigkeit für die Arbeiterschaft Erfolge erringen. Und weil schließlich die Großindustriellen »freiwillig« die Arbeitsbedingungen zugestehen müssen, die von den Gewerkschaften in den andern Betrieben erkämpft werden.

Die Scharfmacher wissen diese Macht der Gewerkschaften wohl zu würdigen, daher ihr glühender Haß gegen die Verbände, daher ihr sehnstiges Verlangen nach Knebelgesetzen, daher ihr eifriges Bemühen, durch sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, Gründung geber Verleihe, durch Drohen und gute Worte, durch Zuckerbrot und Peitsche die Verbände zu schwächen, weiteren Zuzug von ihnen fernzuhalten.

Nichts verkehrter daher, als wenn sich die Arbeiter durch kapitalistische Soldatsdreiber und Schwätzer in Verdrossenheit und Verzaghelt hineintreiben ließen. Dazu liegt wirklich kein Grund vor. Zwar ist jetzt keine Zeit des Angriffs für sie, aber in Ruhe und Besonnenheit hüten die Gewerkschaften nun das Ererbte, das Erkampte. In dieser Ruhe, in dieser Besonnenheit liegt ihre Macht, die Gewißheit weiterer Erfolge, weiterer Aufstiegs.

Aus dem »Zimmerer.«

# Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

## Unser Verband im Lichte der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1912.

### II.

Die Statistik der Generalkommission enthält neben den Angaben über die freien Gewerkschaften auch einige Tabellen über die Hirsch-Dunkerschen und christlichen Verbände. Unter letzteren wird auch der sogenannte »Graphische Zentralverband« mit aufgeführt, von dem wir zum Schluß noch einige vergleichende Angaben wiedergeben wollen. Der ehemalige Hirsch-Dunkersche »Gewerkverein der graphischen Berufe und Maler« firmiert jetzt als »Gewerkverein der Maler und Lackierer«, wahrscheinlich weil er Angehörige der graphischen Berufe fast gar nicht mehr unter seinen Mitgliedern hat; er kommt also für einen Vergleich mit unserem Verbands nicht mehr in Betracht. Aber auch dem christlichen Verbänden müßte nicht nur unser Verband, sondern außerdem noch der ganze Buchbinderverband, der Druckereihilfsarbeiterverband und der aus den Arbeitern und Arbeiterinnen der Papier- und Farbenfabriken bestehende Teil des Fabrikarbeiterverbandes gegenübergestellt werden, da der großmächtige »Graphische Zentralverband« auf alle diese Arbeiterkategorien seine Agitation erstreckt. Er stände dann mit ganzen 2174 Mitgliedern weit mehr als 100000 freigesetzten Arbeitern gegenüber! Aber seine ganze Bedeutungslosigkeit und Lächerlichkeit tritt auch schon bei einem Vergleich mit unserer Organisation augenfällig in Erscheinung, sodaß wir uns darauf beschränken wollen, dem Verbänden nur unseren Verband gegenüberzustellen; auch diese Vergleichsziffern werden schon zur Genüge zeigen, daß der pompöse »Graphische Zentralverband« nicht nur für die von unserm Verbands umfaßten Berufszweige, sondern für das ganze graphische Gewerbe rein gar nicht in Frage kommt!

Im gesamten Mitgliederbestande des christlichen Verbändchens, der sich aus 1993 männlichen und 360 weiblichen Mitgliedern zusammensetzt und mithin im Jahresdurchschnitt 1912, wie schon erwähnt wurde, 2174 betrug, dürften kaum einige Dutzend Mitglieder aus den Berufen zu finden sein, auf die unser Verband seine Wirksamkeit erstreckt. Wohlweislich veröffentlicht das Verbändchen nähere Angaben über die Berufszugehörigkeit seiner Mitglieder nicht. Aber wenn wir auch seinen lächerlich geringen Gesamtzahlen gegenüberstellen, daß allein unser Verband, der sich ausschließlich auf die gelehrten Lithographen, Steindrucker usw. erstreckt, im Jahresdurchschnitt 1912 16760 Mitglieder zählte, also rund acht mal so groß war als der »christliche« kleine Gernegroß, dann bedarf es zum Beweise der völligen Bedeutungslosigkeit des letzteren für unsere Kollegenschaft keiner weiteren Ausführungen.

Ebenso wie mit der Mitgliederzahl steht es mit den Kassenverhältnissen, besonders mit den Leistungen an die Mitglieder, wie folgende Gegenüberstellung veranschaulicht:

Organisation:	Jahres-einnahme Mk.	Jahres-ausgabe Mk.	Vermögen Ende 1912 Mk.
Christl. Gewerksch.	48 223	35 149	37 252
Unser Verband .	1 077 001	1 579 493	206 288

Pro Kopf der Mitglieder betrug die Jahreseinnahme beim christlichen Verbands 22,18 Mk., bei unserer Organisation 64,26 Mk., also fast drei mal soviel. Die Jahresausgabe bezifferte sich pro Kopf bei den Christen auf 16,17 Mk., bei uns auf 94,24 Mk., also fast auf das Sechsfache! Da der christliche Verband infolge seiner Ohnmacht für die Hebung der Lage

seiner Mitglieder fast gar nichts tun kann, spart er auch die Ausgaben für Kampfzwecke, die in unserem Verband das Sinken des Kopfvermögens von 56,84 Mk. Ende 1910 auf 42,54 Mk. Ende 1911 und auf 12,31 Mk. Ende 1912 veranlaßten. Infolgedessen hatte der christliche Verband Ende 1912 ein etwas höheres Kopfvermögen als unsere Organisation, und zwar betrug es 17,14 Mk. Zweifellos wird sich das Ende dieses Jahres schon wieder geändert haben; wenn unser Verband den großen Kampf nicht zu führen gehabt hätte, würde sein Kopfvermögen jetzt ungefähr vier mal so groß sein wie das des christlichen Verbändchens.

Während die vorstehenden Zahlen zeigen, daß die berufene Interessenvertretung der Hilfenschaft des graphischen Gewerbes im Wirtschaftsleben allein unsere Organisation ist, lehrt die folgende Tabelle über die Verteilung der Gesamtausgabe auf die einzelnen Ausgabeposten, daß unser Verband den christlichen Gernegroß auch in Bezug auf das soziale Wirken, auf die Leistungen an die Mitglieder, weit überragt:

Es zahlen pro Kopf in Mark für	Christl. Gewerksch.	Unser Verband
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	1,36	8,49
Reiseunterstützung . . . . .	—	1,49
Umzugsunterstützung . . . . .	—	1,18
Krankenunterstützung . . . . .	3,06	11,69
Sterbefallunterstützung . . . . .	0,10	0,91
Invalidenunterstützung . . . . .	—	8,53
Sonstige Unterstützungen . . . . .	0,81	—
Streikunterstützung . . . . .	1,42	50,04*)
Gemafregeltenunterstützung . . . . .	—	0,23
Rechtsschutz . . . . .	0,10	0,18
Bildungszwecke . . . . .	2,18	2,75
Sonstige Ausgaben . . . . .	7,14	8,75

\*) Einschließlich 0,24 Mk. für Tariffinstanzen.

Im Ganzen zahlte unser Verband an Unterstützungen (ohne Streik- und Gemafregeltenunterstützung und Rechtsschutz) 32,29 Mk., der christliche jedoch nur 5,33 Mk., also knapp ein Sechstel, pro Kopf der Mitglieder aus; das christliche Verbändchen bleibt also in Bezug auf soziales Wirken weit hinter unserer Organisation zurück. Für Streik- und Gemafregeltenunterstützung und Rechtsschutz verausgabte unser Verband pro Kopf 50,45 Mk., der christliche ganze 1,52 Mk.; er kommt also auch in dieser Hinsicht neben unserm Verbands gar nicht in Frage. Die Ausgaben für Bildungszwecke (Verbandsorgan, Bibliotheken usw.) betragen pro Kopf bei uns 2,75 Mk., bei den »Christen« 2,18 Mk., wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Ausgaben beim christlichen Verbändchen wirklich nicht der Bildung und Aufklärung, sondern der Gehirnerkletterung und Verdumpfung dienen, wofür das christliche Blättchen alle zwei Wochen die schlagendsten Beweise liefert. An sonstigen Ausgaben (Agitation, Verwaltung, Generalversammlungen und Konferenzen usw.) verausgabte unser Verband 8,75 Mk., der christliche 7,14 Mk. pro Kopf. Welchen Platz diese Ausgaben in den Gesamtausgaben einnehmen, zeigen die Prozentziffern. Während wir für diese Zwecke nur 9,33 Proz. der Gesamtausgaben verbrauchten, waren es bei den »Christen« 44,16 Prozent! Mit andern Worten: unser Verband hat noch nicht ein Zehntel, der christliche aber fast die Hälfte aller Ausgaben für die Verwaltung und ähnliche für die Mitglieder nicht unmittelbar nutzbringende Zwecke aufgewendet!

Die Zahlen reden jedenfalls eine sehr deutliche und eindringliche Sprache. Sie kennzeichnen das christliche Verbändchen als eine Quertreiber- und Zersplittererorganisation, die glücklicherweise ohne jede Bedeutung geblieben ist. Da sie aber schon durch ihre bloße Existenz einzig und allein die Geschäfte der Unternehmer besorgt, war es notwendig, sie wieder einmal in ihrer ganzen Lächerlichkeit und Bedeutungslosigkeit für die Hilfenschaft unseres Gewerbes auf Grund einwandfreier statistischer Zahlen darzustellen. Die notwendigen Schlüsse möge jeder aus diesen Zahlen selbst ziehen.

## Die Graphik im Welthandel 1912.

Das Wirtschaftsjahr 1912 war für den deutschen Export außerordentlich günstig. Der Wert der deutschen Ausfuhr ist vom Jahre 1908, in dem wir eine schwere Wirtschaftskrisis hatten, von 7013,3 Millionen Mark auf 9684,2 Millionen Mark im Jahre 1912 gestiegen. Es ist der höchste Wert, den wir in der deutschen Ausfuhr finden. Fast nach allen Ländern stieg die Ausfuhr deutscher Produkte. Ebenso günstige Ergebnisse weist die Produktionsstatistik auf. Allerthalben eine Zunahme, zuweilen eine gewaltige Steigerung der Produktenmenge als auch des Wertes.

Die Graphik hat in der Ausfuhr nicht so günstige Resultate aufzuweisen, so daß hier die Hochkonjunktur keinen Einfluß ausgeübt hat. Einzige in der Postkartenausfuhr ist eine Steigerung zu konstatieren gegen 1911. Aber es ist keineswegs die Tendenz vorhanden, daß dieser Gewerbezug ruhig weiter zu steigen vermag. Das zeigt ja schon die Ausfuhr nach Amerika, das einst der Hauptabnehmer der Postkartenindustrie war. Diese Ausfuhr stellte nach 1910 einen Wert von 3804000 Mark dar, verringerte sich aber im folgenden Jahr um 643000 Mark. Das Jahr 1912 gestaltete sich noch ungünstiger, von 3161000 Mark sank es auf 2134000 Mark, das ist ein Rückgang um 1027000 Mark. Eine erhöhte Ausfuhr ist in erster Stelle bei Großbritannien mit einer Zunahme von 732000 Mark gegen das Vorjahr und bei Österreich-Ungarn mit 553000 Mark zu finden. Im ganzen beträgt der Wert der Postkartenausfuhr 1912 13874000 Mark, die Menge 3487 Tonnen, gegen 13450000 Mark und 3446 Tonnen im Vorjahre. Wir führen in folgender Tabelle die einzelnen Länder, die hauptsächlich in Betracht kommen, an:

Postkarten	1912		1911	
	Tonn.	1000 Mk.	Tonn.	1000 Mk.
Großbritannien . . . . .	691	2353	520	1621
Italien . . . . .	132	643	115	582
Österreich-Ungarn . . . . .	512	2700	483	2247
Rußland . . . . .	214	1089	181	989
Schweiz . . . . .	170	886	156	815
V. St. v. Amerika . . . . .	719	2134	972	3161

Die Farbdruckbilder, die sich schon 1911 um 1788000 Mark verminderten, sind in der Ausfuhr 1912 noch weiter gesunken: von 14842000 Mark 1911 auf 12007000 Mark 1912, also um 2835000 oder fast 3 Millionen Mark. Der Rückgang ist bei allen Ausfuhrländern zu finden. Am größten ist die Verminderung bei der Ausfuhr nach Amerika; sie beziffert sich auf 1305000 Mark. Bei England beträgt der Rückgang 1200000 Mark. Man kann wohl als feststehend annehmen, daß der Niedergang der Chromolithographie zu einem großen Teil seine Ursachen in der ständigen Verminderung der Druckbilderausfuhr hat. Die Gesamtausfuhr von 1912 belief sich auf 4000 Tonnen zu einem Wert von 12007000 Mark, im Vorjahr auf 5232 Tonnen zu einem Wert von 14842000 Mark. Die Länder mit der größten Ausfuhr waren:

Farbdruckbilder	1912		1911	
	Tonn.	1000 Mk.	Tonn.	1000 Mk.
Großbritannien . . . . .	1093	2458	1597	3658
Österreich-Ungarn . . . . .	391	1371	367	1408
Rußland . . . . .	191	801	234	934
V. St. v. Amerika . . . . .	1139	3293	1564	4598

Drucksachen, die zur Merkantilarbeit gehören und die im Warenverzeichnis als Besuchskarten, Etikettenpapier, Rechnungen und andere Drucke bezeichnet werden, haben gegen 1911 gleichfalls einen Rückgang aufzuweisen. Hier ist es aber bemerkenswert, daß 1911 eine Steigerung um 2097000 Mark, also über 2 Millionen Mark, erzielt wurde. Der Rückgang beträgt 1912 429000 Mark, ist aber in keinem Lande besonders hoch. Bei Amerika ist sogar ein Steigen eingetreten, nämlich von 471 Tonnen mit einem Wert von 1832000 Mark auf 637 Tonnen mit einem Wert von 2339000 Mark; das ist eine Zunahme von 507000 Mark gegen das Vorjahr. Die Ausfuhr betrug 1912 5273 Tonnen zu einem Wert von 15068000 Mark. Im Vorjahr betrug die Gesamtausfuhr 5760 Tonnen, deren Wert sich auf 15497000 Mark belief. Die bedeutendsten Ausfuhrländer waren:

Merkantildrucksachen	1912		1911	
	Tonn.	1000 Mk.	Tonn.	1000 Mk.
Belgien . . . . .	233	843	234	738
Großbritannien . . . . .	1027	2637	1059	2671
Niederlande . . . . .	505	1045	521	1170
Österreich-Ungarn . . . . .	647	1600	1068	2238
Rußland . . . . .	165	727	217	861
Schweiz . . . . .	416	863	454	1028
V. St. v. Amerika . . . . .	637	2339	471	1832

Die Ausfuhr von Tapeten und Tapetenborden aus Papier wies bereits im Vorjahr einen Rückgang von 586000 Mark auf, 1912 trat ein weiterer Rückgang von 1020000 Mk. hinzu. Allein nach England sind für 174000 Mk. im vergangenen Jahr weniger ausgeführt worden als 1911. Die Gesamtausfuhr bezifferte sich 1912 auf 12653 Tonnen, die einen Wert von 9484000 Mark hatten. Im Vorjahr betrug sie 13078 Tonnen mit einem Wert von 9596000 Mark. Unsere Tabelle zeigt folgende Ziffern:

Tapeten u Tapetenborden aus Papier	1912		1911	
	Tonn.	1000 Mk.	Tonn.	1000 Mk.
Belgien . . . . .	1386	999	1177	753
Frankreich . . . . .	758	832	696	746
Großbritannien . . . . .	2020	1449	2172	1623
Niederlande . . . . .	2906	1501	21916	1536
Schweiz . . . . .	884	851	843	846
V. St. v. Amerika . . . . .	1131	1067	1264	1022

Diese Ziffern sind ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß die deutsche Zollpolitik dem graphischen Gewerbe so schwere Wunden geschlagen hat, daß es selbst in Zeiten der besten Konjunktur den Absatz nicht zu steigern vermag und hinter anderen Gewerben zurückbleibt.

## Zur Gehaltsskala für unsere Verbandsangestellten.

Daß die Hamburger Generalversammlung, die im Jahre 1910 stattfand, die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Gehälter für Verbandsangestellte anerkannte, geht schon daraus hervor, daß sie die Zentralinstanzen beauftragte, der in Stuttgart tagenden Generalversammlung eine Vorlage zur Regulierung der Gehälter unserer Verbandsangestellten zu unterbreiten. Der Stuttgarter Generalversammlung lagen nun drei solcher Vorlagen vor. Zunächst wurden diese Vorlagen einer Kommission zur näheren Prüfung überwiesen. Mit einigen Abänderungen empfahl dann die Kommission diejenige Vorlage zur Annahme, die die mittlere Gehaltshöhe aufwies. Sie fand bei der Generalversammlung auch die Mehrheit.

Auf die mehr als sonderbaren Auffassungen, die der Artikelschreiber *W. B., Barmen* in Nr. 41 der »Gr. Pr.« bezüglich der Gehaltsregulierung niedergelegt hat, verlohnt es sich kaum einzugehen. Nur soviel will ich dem Kollegen *W. B.* sagen, daß er sich im Irrtum befindet, wenn er glaubt, aus dem Stimmenverhältnis den Schluß ziehen zu dürfen, daß alle 29, die gegen die Kommissionsvorlage stimmten, überhaupt Gegner einer Gehaltsaufbesserung gewesen wären. Zum Teil trifft sogar gerade das Gegenteil zu. Wie die Diskussion auf der Generalversammlung zu erkennen gab, bildete sich im wesentlichen die Minderheit aus solchen Delegierten, die entweder der einen oder der anderen von den zwei noch vorhandenen Vorlagen den Vorzug gaben. Und nur ein geringer Teil dürfte überhaupt Gegner einer Gehaltsaufbesserung gewesen sein.

Bei dieser Gelegenheit erscheint es mir angebracht, auf den dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß im Jahre 1902 von der Generalkommission gemachten Vorschlag zu verweisen, welcher lautet: »Der Gewerkschaftskongreß empfiehlt den Gewerkschaften, als Norm für die Entschädigungen der Gewerkschaftsbeamten und Redakteure festzusetzen: Der Anfangsgehalt beträgt 2000 Mark pro Jahr und steigt in den ersten fünf Jahren um 100 Mark jährlich, in den folgenden Jahren um 50 Mark jährlich bis zum Höchstgehalt von 3000 Mark.«

Dieser Vorschlag wurde vom Gewerkschaftskongreß einmütig akzeptiert. Das war also vor 11 Jahren. Seit dem sind die Lebensmittel ganz bedeutend verteuert. Und trotzdem hat unser Verband bis zur diesjährigen Generalversammlung wesentlich noch unter dem bezahlt, was schon 1902 der Gewerkschaftskongreß empfahl. Seit einigen Jahren nun werden allmählich die in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten nach den Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse bezahlt. Wenn auch die für unsere Verbandsangestellten geschaffene neue Gehaltstabelle nicht vollkommen das enthält, was in diesen Bedingungen enthalten ist, so hat aber doch die Stuttgarter Generalversammlung das geschaffen, was in Anbetracht der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben notwendig war.

Die Tätigkeit und Verantwortung, die ein Gewerkschaftsangehöriger hat, ist jedenfalls nicht geringer als die im allgemeinen Oberdrucker oder sonstige Personen in ähnlicher leitender Stellung haben. Es sind doch auch die Befähigsten und Brauchbarsten zur Bekleidung der Angestelltenposten gewählt worden. Der Standpunkt, für geleistete Arbeit eine entsprechende Gegenleistung muß von den Gewerkschaften gewährt werden. Diesem ist die Stuttgarter Generalversammlung gerecht geworden, und damit dürfte diese Angelegenheit für die nächsten Generalversammlungen von der Tagesordnung verschwunden sein. *Hiekmann.*

## Die Auskunft.

Schon unsere Vorfahren sollen der Auskunft weit größeren Wert zugesprochen haben, als es manche unserer Kollegen für notwendig halten. Als Noah nach der Sintflut aus dem Kasten gehen wollte, ließ er zuvor eine Taube fliegen, die ihm Auskunft holen sollte, ob das Land schon trocken sei. Durch das Einholen von Auskunft läßt sich viel Unheil verhüten. Wir aber, die wir die Auskunftseinholung ebenso notwendig hätten wie der selbige Noah, wenn wir uns beim Stellungswechsel vor Schaden bewahren wollen, sind viel weniger vorsichtig: wir holen entweder gar keine Auskunft ein, oder wir tun es zu spät, oder wir richten uns nicht nach der

Auskunft. Die schwersten Nachteile sind oft die Folge von dieser sträflichen Unvorsichtigkeit.

Diese ist leider nicht selten auf die mißtrauische Annahme mancher Kollegen zurückzuführen, daß der Auskunftserteiler vielleicht nicht wahrheitsgemäß handeln oder aus Eigennutz falsche Angaben machen könne, obwohl sie wissen sollten, daß unrichtige Angaben als üble Nachrede oder Schädigung fremder Geschäftsinteressen strafbar sind. Vielen Auskunftserteilern ist ja auch schon mit dem Kadi gedroht worden; sie wären vielleicht auch bestraft worden, wenn ihre Auskunft nicht vollständig mit den Tatsachen übereinstimmte hätte. Es kommt hinzu, daß die Auskunftserteiler in den meisten Fällen durch unzutreffende Angaben ihre Stellung auf's Spiel setzen würden. Auskunftseinholende stellensuchende Kollegen haben also gar keine Ursache, Zweifel in die Richtigkeit der erhaltenen Auskünfte zu setzen. Sie können volles Vertrauen zu den von den Auskunftserteilern gegebenen Auskünften haben. Ist das nicht der Fall und schlägt sie die Auskunft in den Wind, dann kann es für sie selbst und oft auch für eine Reihe anderer Kollegen von großem Schaden und Nachteil sein.

Viele Kollegen handeln schon mit dem ersten Federstrich ihres Bewerbungsschreibens um eine offene Stellung gegen die Interessen des Verbandes und damit gegen ihre eigenen Interessen. Weitsichtige und intelligente Kollegen werden dagegen ihr Bewerbungsschreiben so zu halten wissen, daß es ihnen nach dem Eintreffen der Auskunft immer noch möglich ist, einem nicht empfehlenswerten Engagement nach dieser oder jener Richtung hin aus dem Wege zu gehen.

Der wichtigste Faktor beim Abschluß eines Engagements ist wohl sowohl für den Arbeiter als auch für den Unternehmer die Lohnfrage. Grade diese wird aber hauptsächlich durch die Auskunftserteilung im Sinne der Arbeiter gelöst werden können, sofern jeder Kollege die Einholung von Auskunft und ihre gewissenhafte Beachtung als seine unbedingte Pflicht betrachtet. Leider mußte ich jetzt erst wieder die Wahrnehmung machen, daß in fünf einander folgenden Fällen Stellungen zu einem niedrigeren Lohne besetzt wurden, als vorher dafür bezahlt worden ist. Hauptsächlich sind es unsere jungen Kollegen, die in dieser Weise die Allgemeinheit schädigen. Obwohl sie wissen, daß eine Stellung mit einem höheren Lohn besetzt war, trauen sie es sich zwar zu, den freien Posten auszufüllen, aber den früher gezahlten Lohn glauben sie wegen ihres jugendlichen Alters nicht beanspruchen zu können. Vielleicht heißen sie dabei, der Prinzipal würde dann auch ein Auge zudrücken, wenn es später nicht so klappert, wie es klappen sollte. Sie vergessen aber, daß der Unternehmer an dieser Rücksichtnahme gar kein Interesse hat; wenn der Gehilfe seinen Anforderungen nicht entspricht, muß er eben wieder gehen! Der Unternehmer hat ja keinen Nachteil davon; den Schaden trägt doch der Kollege selbst oder der Verband.

Eine einzige Annonce liefert einem Unternehmer manchmal Angebote für viele Monate. Ist es doch schon vorgekommen, daß auf ein Bewerbungsschreiben, das auf Grund einer Annonce im April abgesandt wurde, noch im August ein Engagementsangebot eingelaufen ist. Wieviel Kollegen in der Zwischenzeit den Posten schon bekleidet haben mögen, wurde freilich dabei nicht verraten. Anders wäre es, wenn der Prinzipal den durch die Kosten der Eisenbahnfahrt entstandenen Schaden tragen müßte.

Meistens sind es ausgesteuerte Mitglieder, die der Auskunft zuwider handeln, weil sie wissen, daß sie in Bezug auf Reiseunterstützung doch nichts mehr zu erwarten haben. Aber auch diese können getroffen werden, wenn die Ortsverwaltungen von ihrem weiteren Rechte Gebrauch machen und ihnen auf ein Jahr sämtliche Unterstützungen am Ort verweigern würden. Dadurch werden solche Kollegen, die die Vorschrift, bei Stellungswechsel Auskunft einzuholen, in den Wind schlagen, doch nach und nach zur Erfüllung dieser Pflicht, die ihren eigensten sowie den Interessen der ganzen Kollegenschaft dient, erzogen werden.

Lz.

## Ortsberichte.

Mannheim. In einer am 4. Oktober abgehaltenen Versammlung, die sehr gut besucht war, erstattete der Gauleiter Kollege Krieg aus Karlsruhe den Bericht über die Generalversammlung. In einem längeren Referat führte er den Anwesenden die Stuttgarter Verhandlungen vor Augen. An das Referat schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte, in der vor allem zwei Punkte einer sehr scharfen Kritik unterzogen wurden. Erstens fand man die ablehnende Haltung bezüglich der Staffelfbeiträge für Photographen sehr sonderbar und zweitens die Gehaltserhöhung der Beamten als absolut verfehlt in der jetzigen Zeit, wo die gesamte Kollegenschaft unter dem Druck der Verhältnisse zu leiden hat. Gerügt wurde noch, daß die Protokolle von der Generalversammlung noch nicht erschienen sind, sowie der sonderbare, die »Graphische Rundschau« betreffende Antrag. Einmütig wurde eine Resolution angenommen und die Ortsverwaltung beauftragt, diese gleichzeitig an alle Mitgliedschaften als Rundschreiben zu senden, um eine Urabstimmung herbeizuführen.

## Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink Aluminium- und Notendrucker.

## Aus den Sektionen.

Berlin. Am 16. Oktober fand im Gewerkschaftshaus die gut besuchte Generalversammlung der Berliner Steindrucker statt. Sie hatte sich mit der Wahl des Vorsitzenden zu beschäftigen, da der Kollege Haß in den Vorstand gewählt worden ist. Die Mitgliederversammlung vom 26. September hatte bereits eine Kommission von 6 Kollegen gewählt, die in Verbindung mit dem Hauptvorstand und der Verwaltung die eingegangenen Bewerbungsschreiben geprüft hat. Der Berichterstatter Kollege Duszynski teilte mit, daß drei Bewerbungen eingelaufen sind; beworben haben sich zwei Berliner Kollegen und ein Kollege von auswärts. Nach eingehender Erwägung ist der Kollege Gustav Hoffmann als der geeignetste Bewerber erachtet und deshalb in Vorschlag gebracht worden. In der regen Diskussion wurde betont, daß der Posten einen ganzen Mann erfordert, der im gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Leben weitestgehende Kenntnisse haben müsse. Außerdem wurde betont, daß heute die Stellung unserer Beamten nach dem letzten großen Kampfe bedeutend schwieriger geworden sei als ehemals. Ein Teil der Versammlung fand es bedauerlich, daß nur drei Kollegen sich um die ausgeschriebene Stelle beworben hatten und hielt eine nochmalige Ausschreibung für ratsam. Die Versammlung entschied sich aber für die Vornahme der Wahl, aus der Kollege Hoffmann hervorging. Der zweite Berliner Kandidat hatte auf eine Wahl verzichtet. — Unter Verbandsangelegenheiten wies Kollege Hoffmann auf die »Fachschnelle« für Steindrucker hin. Hier soll man für 100 Mark Honorar im Offsetdruck Ausbildung erhalten. Bekanntlich ist die Arbeit eines Rotationsdruckers nicht an wenigen Abenden zu erlernen, sondern bedarf einer gründlichen Kenntnis in der praktischen Arbeit; deswegen kommt diese »Ausbildung« in der Fachschule für unsere Kollegen nicht in Betracht. Und wie richtig man den Wert einschätzt, geht daraus hervor, daß sich bis zur Stunde kein einziger Teilnehmer gemeldet hatte. — Zu dem Antrage der Mitgliedschaft Mannheim, der eine Urabstimmung betreffs der Gehaltsregulierung der Beamten forderte, führte Kollege Haß aus, daß schon in Hamburg eine Regelung der Anstellungsbedingungen erfolgen sollte, man aber davon Abstand genommen habe, da der Zeitpunkt ungünstig erschien. In Stuttgart ist dann endlich auch in unserm Verbandsangelegenheit worden, was fast alle Verbände längst getan haben. Hätten in Stuttgart nicht drei Anträge, sondern nur die Vorlage des Hauptvorstandes vorgelegen, so wäre diese mit großer Majorität angenommen worden. Wir waren eigentlich die einzige Gewerkschaft, die keine Regelung der Verhältnisse hatte; jetzt sind auf Jahre hinaus die Bedingungen festgelegt. Kollege Haß warnt davor, die Urabstimmung vorzunehmen, denn es handle sich um das Ansehen unserer Organisation. Stehen wir doch in Bezug auf Beiträge und Unterstützungssätze nach der Statistik der Gewerkschaften an erster und zweiter Stelle, während wir bezüglich der Verwaltungskosten mit an letzter Stelle stehen. Außerdem sagt die Zahlstelle Mannheim gar nicht, was sie eigentlich will. Will sie überhaupt keine Regelung? Aus der Resolution läßt sich nichts Bestimmtes erkennen. Außerdem ist noch zu bedenken, daß wir große Aufgaben vor uns haben; dazu brauchen wir arbeitsfreudige Beamte, die nicht niedriger gestellt sind, als allgemein üblich ist. In der Diskussion wurde bemerkt, daß die Angelegenheit durch Generalversammlungsbeschlüsse geregelt sei und man nicht über die Resolution abstimmen könne; bemängelt wurde nur, daß die Regulierung zu einem ungeeigneten Zeitpunkt erfolgt sei. Die Mannheimer Resolution wurde einstimmig abgelehnt.

## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

## Noch einmal der Chemigraphen-Tarif.

Mein kurzer Artikel über den Chemigraphen-Tarif in Nr. 38 der »Graph. Presse« vom 19. September hat den Kollegen Arth. Gerhardt veranlaßt, den Versuch zu machen, mir eine gründliche Abklärung zuteil werden zu lassen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß mein Artikel hätte unterbleiben können, wenn, als er geschrieben wurde, bereits die Abhaltung der Chemigraphenkonferenz am 28. und 29. September festgestanden hätte. Dadurch wird Kollege Gerhardt auch begreifen, daß es mir ferngelegen hat, neue Steine in den Weg zu legen, und daß mich andere Gründe veranlaßt haben, zur Frage des Tiefdruckes und des Offsetdruckes Stellung zu nehmen.

Kollege Gerhardt behauptet, ich hätte über die Tiefdruckfrage einseitig und falsch berichtet, ohne

daß er den Beweis dafür erbringt. Es ist eine Tatsache und Kollege Gerhardt kann sie nicht bestreiten, daß die Berliner Tiefdrucker einmütig die Meinung vertreten haben, sie gehören nicht unter den Chemigraphentarif, und daß selbst Chemigraphen, die im Tiefdruck arbeiten, der gleichen Ansicht waren. Die Frage war demnach durchaus strittig und in keiner Weise so geklärt, wie Kollege Gerhardt sie gern darstellen möchte. Sonst wäre es ja auch sinnlos gewesen, eine besondere Vertretung der Tiefdrucker in der Form einer außerhalb der Chemigraphenfiliale stehenden Branchensektion zu schaffen, wozu der Hauptvorstand seine Zustimmung gegeben hatte. Und wenn eine solche Berufsgruppe den Anspruch erhebt, bei der Festlegung bzw. Tarifierung ihrer Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden zu wollen, so ist ein solches Verlangen nur berechtigt. Und diesem Verlangen hätte man nachkommen können. Denn es hat vor Beginn der Tarifverhandlungen in Berlin eine Konferenz stattgefunden, zu der Vertreter aus dem ganzen Reich geladen waren, die auch während der Verhandlungen in Berlin blieben, um zu deren jeweiligem Stande Stellung zu nehmen. Es wäre also möglich, ja notwendig gewesen, wenigstens mit den Vertretern der Tiefdrucker Fühlung zu nehmen, zumal die Anträge der Unternehmer betreffend die Tarifierung des Tiefdrucks bekannt waren. Eine Fühlungnahme mit den Tiefdruckern ist nach meiner Auffassung deshalb nicht erfolgt, weil die Prinzipalanträge den Wünschen der Chemigraphen durchaus entsprachen.

Um die Tatsache, daß bei Abschluß des Chemigraphentarifes die Bedingungen für Tiefdrucker festgelegt worden sind, ohne die Angehörigen der Branche zu befragen und ihnen Gelegenheit zur Formulierung ihrer Forderungen zu geben, kommt Kollege Gerhardt nicht herum und wenn er noch so viel Worte gebraucht. Das ist der Vorwurf, der den Vertretern gemacht werden muß. Bisher war bel uns so etwas nicht üblich.

Dann wirft Kollege Gerhardt die Frage auf, ob die Bereitwilligkeit der Unternehmer, auf die Tarifierung des Tiefdrucks verzichten zu wollen, ernst gemeint sei oder nicht. Diese Frage können nur die Unternehmer beantworten. Was auch die Absicht der Unternehmer war, jedenfalls wäre es den Tiefdruckern, gestützt auf die Organisation, gelungen, ihre Arbeitsbedingungen zu regeln. Ob es den Unternehmern gelungen wäre, die Lohn- und Arbeitsbedingungen eigenmächtig festzusetzen, ist eine andere Frage. Daß die Unternehmer dabei ihren Vorteil im Auge hatten, ist selbstverständlich. Warum hat aber Kollege Gerhardt die Erklärung der Unternehmer in der Staffellohnfrage so ernst und als bare Münze genommen? Warum sollen gerade in dieser Frage die Unternehmer das, was sie wollen, auf den Markt gestellt haben? Kollege Gerhardt hätte besser getan, wenn er zugegeben hätte, daß sich die Chemigraphenvertreter in der Tiefdruckfrage eine Unterlassungsstände zu schulden kommen ließen. Dadurch würde er zur Beruhigung der Gemüter wesentlich beigetragen haben. Statt dieses zu tun, wird er gegen Kollegen, die seine Meinung nicht teilen, persönlich und versucht sie zu verunglimpfen.

Soweit der Offsetdruck in Frage kommt, habe ich nichts zu bemerken; die Konferenz am 28. und 29. September hat mit der angenommenen Resolution die den Verhältnissen entsprechende Stellung eingenommen. Wenn ich es für unlogisch erkläre, habe, daß man nur die Offsetdrucker, soweit sie Platten drucken, die auf photomechanischem Wege hergestellt werden, unter den Chemigraphentarif gestellt hat, während man die anderen Drucker, die ebenfalls Erzeugnisse der Chemigraphie drucken, draußen läßt, so habe ich nicht damit gesagt, daß ich ein Gegner eines Zentraltarifes für das graphische Gewerbe bin, wenn ein solcher auch noch in weiter Ferne liegt.

Auch ich vertrete die Auffassung, daß wir uns der technischen Entwicklung beugen müssen. Nur muß man, wenn für einzelne Sparten des weitverzweigten graphischen Gewerbes Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifiert werden sollen, dieses mit den direkt Beteiligten tun und nicht, wie bei den Tiefdruckern, ohne diese. Ich habe schon immer den Standpunkt vertreten, daß es an der Zeit ist, alle photomechanischen Fächer, die in unserem Verbands in einzelne Branchenfilialen gegliedert sind, in einer einzigen zu vereinigen und die Grenzstreitigkeiten, die sich mit der Zeit infolge der technischen Entwicklung noch vermehren werden, zu beseitigen.

Zum Schluß seines zweiten Artikels stellt Kollege Gerhardt die Frage an mich, was von meinem Artikel ernst genommen werden soll. Die Stellung dieser Frage zeigt, daß er meinen Artikel nicht begriffen hat, was er allein verschuldet und ich nicht ändern kann.

Wenn ich am Beginn meines Artikels die Friedensschmelze gelassen habe, so hatte das seine guten Gründe, die eigentlich auch Kollege Gerhardt kennen sollte. Ihm muß doch die Situation bekannt sein, die besonders in Berlin durch den unbefriedigenden Abschluß des Tarifes hervorgerufen wurde. Wenn in einer solchen Situation die Chemigraphen aufgefordert werden, fest zum Verbands zu stehen und mit dessen Hilfe etwaige Schädigungen abzuwehren, so wird kein vernünftiger Kollege dagegen etwas einzuwenden haben. Wenn ich mir erlaubt habe, mich zum Chemigraphen- und Kupferdruckerarif, soweit der Tiefdruck und der Offsetdruck in Frage kommen, zu äußern, so geschah es in meiner Eigenschaft als kooptiertes Mitglied der Kupfertiefdruck-

Kommission und als Verbandskollege, der die technische Entwicklung nach Möglichkeit zu verfolgen sucht und infolgedessen zur Überzeugung kam, daß die Einbeziehung der Offsetdrucker in den Chemigraphentarif, technisch betrachtet, Unsinn ist.

Durch den letzten Satz seines zweiten Artikels gibt sich Kollege Gerhardt selbst die beste Kennzeichnung.

**Zur Erwidrerung!** An einer gründlichen Abklärung des Kollegen Cz hat mir bei der Niederschrift meiner beiden Artikel gar nichts gelegen. Meine Absicht war es, darzulegen, daß nicht eigentlich wir allein die Schuldigen sind, wenn es in der Tiefdruckfrage so wie geschehen gekommen ist. Wir haben von Anfang an die Entwicklung des Tiefdrucks verfolgt und versucht, eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen. Durch die Berliner Vorgänge und Beschlüsse ist uns das unterbunden worden zu einer Zeit, als wir gar nicht mehr zu rückkommen. Das diese Darlegungen einmal notwendig waren, hat mir die Leipziger Konferenz bestätigt. Um einen Rattenkönig von weiteren Erwidrerungen überflüssig zu machen, verzichte ich nach diesen Feststellungen auch aus taktischen Gründen auf ein weiteres Eingehen auf den Artikel des Kollegen Cz. *Arth. Gerhardt.*



## Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen. Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

## Auch ein Zukunftsbild.

Die organisierte Arbeiterschaft hofft für die arbeitenden Volksschichten auf eine bessere Zukunft. Freilich ist sie sich klar, daß diese nicht von selber kommt. Die Besserung der Verhältnisse will erkämpft sein. Eitle Zukunftsmusik, nie erfüllbar! höhnen unsere Gegner. Und es gibt unter den Arbeitern immer noch Leichtgläubige, welche diese höhnende Verneinung des Aufstieges der organisierten Arbeiterklasse zu ihrer eigenen Ansicht machen. Sie helfen den besitzenden Klassen darin und wollen an die kulturelle Macht der organisierten Arbeiterschaft nicht glauben. Daß diese Sorte auch bei uns Graphikern noch lange nicht ausgestorben ist, beweist uns jeder Tag. Nichts gelernt, aber viel vergessen! könnte man diesen Arbeitskollegen mit recht zurechnen. Gerade für diese Kameraden können wir wieder einmal ein wenig den Schleier von der Zukunft heben, wie diese Zukunft aussehen würde ohne eine starke Arbeiterorganisation. Das Material dafür hat uns die deutsche Inseratenplantage für das Druckgewerbe, »Der Klimsch, geliefert mit dem kürzlich erschienenen Inserat:

In Berlin für sauberste

### Beschriftung

von Photo-Negativen Lithograph (Helmarbeiter) gesucht. Ausweiskarte 224, Berlin-Wilmersdorf 1.

Also Helmarbeiter sollten die Graphiker werden nach diesem gewiß gutmeinenden Inserat. Daß sich die Großzahl unserer Gehilfenschaft für die Zumutung des Helmarbeiterlebens bedankt und darauf verzichtet, ist ja freilich nicht die Schuld dieses Menschenbeglückers. Einigermaßen verständlicher wird das fragliche Inserat durch den Umstand, daß es sich um Arbeit aus dem Photographiegewerbe handelt. Dort grassiert jetzt die Helmarbeit wie eine verheerende Seuche. Sie bringt die Löhne herunter, leistet der Schmutzkonkurrenz und den dunkelsten Praktiken in jenem Gewerbe nicht nur Zuhälterdienste, sondern gibt oft genug erst den Untergrund, auf dem sich diese wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sumpfpflanzen mit gutem Erfolg entwickeln können. Und wie ist dies möglich? Dadurch ist es möglich, daß man es im Photographiegewerbe mit einer Gehilfenschaft zu tun hat, die die Sorge um das Gewerbe allein den Prinzipalen überlassen hat; einer Gehilfenschaft, bei der seit Jahrzehnten jeder einzelne der Auffassung war, wenn er für sich Sorge, so sei für alle gesorgt. Zusammenschluß, Organisation war für diese Gehilfenschaft leeres Schall. Das Resultat: ein Gewerbe, angefüllt mit allen Symptomen des tiefsten Zerfalls, Helmarbeit in allen ihren traurigsten Formen, eine wahnsinnige Überfüllung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften, von denen nach übereinstimmenden Aussagen der Fachleute ein großer Prozentsatz auf leiederlichste ausgebildet ist, dementsprechend die Löhne im Gewerbe gedrückt; ein ungeheurer Teil der Gehilfen wandernde Nomaden, das sind die Segnungen der Taktik: Jeder für sich. Unter den größten Opfern werden die Angehörigen dieser Berufe nachholen müssen, was sie versäumt, den Aufbau einer starken Organisation. Die aber sollen daraus lernen. Wollen wir Arbeiter aufwärts, so ist es nur möglich durch straffte Organisation.

»Der Senfelder.«

## Von der Agitation.

Einem Ersuchen des Rheinisch-Westfälischen Photographengehilfenverbandes nachkommend, referierte Kollege Hänlein am 1. Oktober im Düsseldorf-Elberfelder Verein in einer Versammlung in Elberfeld, am 2. Oktober im Dortmunder Verein in einer Versammlung in Gelsenkirchen und am 3. Oktober im Kölner Verein in einer Versammlung in Köln.

Während sich im Düsseldorf-Elberfelder Verein noch nicht das notwendige Zusammengehörigkeitsgefühl zeigte, war dieses in den anderen Versammlungen bedeutend stärker vorhanden. Die aufklärenden Referate über die jetzige Lage des Berufes und der Gehilfenschaft besonders, sowie der Hinweis auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation fanden in den Dortmunder und Kölner Vereinen begeisterte Zustimmung.

Von einer Anzahl Diskussionsredner wurde darauf hingewiesen, daß man den geringen Einfluß der Gehilfenschaft in den Innungen auch im dortigen Bezirk hinterhalten und ganz hintertreiben möchte. Besonders Herr Arnold-Bohum, der wohl schwerlich Arbeiterkundschaft abweisen wird, geberdet sich in scharfmacherischer Weise. Soll doch Herr Arnold auch darauf verwiesen haben, daß die Gehilfen bei einem Anschluß an den Senfelderbund nicht mehr auf die Unterstützung der Innungsprinzipale rechnen dürften. Dabei war aber den Kollegen von einer bisherigen Unterstützung nichts bewußt. Dieselben Klagen wurden auch in Köln laut. Auch dort hat man dem Einfluß der Gehilfenschaft nicht freie Bahn gegeben. Der Kollegen drängt sich auch in diesen Gebieten die Überzeugung auf, daß sie sich selbst helfen muß, und daß der einzige Weg die einheitliche geschlossene Organisation ist.

Wie richtig dieser Weg ist, zeigt die Angst des Herrn Arnold-Bohum, dem jetzt schon vor einem Streik bangt. Einen besseren Beweis, daß die Kollegen auf dem richtigen Wege sind, kann es wohl gar nicht geben. Darum hinein in die Organisation, die der Kollegenschaft die Mittel zum Kampf um bessere Lebensbedingungen bietet.

## Die Tapetenbranche.

### Aus den Sektionen.

Crefeld. Am 10. Oktober fand unsere Sektionsversammlung statt, zu der unser Gaeleiter Kollege Bauknecht erschienen war, um über das alte, aber für die Formstecher sehr aktuelle Thema: »Die Lehrlingsfrage« zu referieren. Redner griff zurück auf die Zeit, in der die Jugend aus der Schule entlassen wird und die Eltern vor die Frage gestellt werden, was ihre Söhne lernen sollen. Der Formstecherberuf sähe ihnen sehr verlockend aus. Sie denken, es bräute kein schwerer Hammer geschwungen zu werden, sodaß auch Jungens im Beruf untergebracht werden könnten, die von der Natur stiefmütterlich bedacht worden sind. Die Eltern sowohl als die Unternehmer glaubten dadurch ihre Anforderungen später an den Ort fesseln zu können. Sie bedachten jedoch nicht, welchen Gefahren solche schwachen Geschöpfe ausgesetzt sind und wie die Atmungsorgane, die Brust und der Magen durch die sitzende Arbeitsweise verkümmern. Die Gehilfen sollten darauf sehen, daß die Eltern auf diese Folgen aufmerksam gemacht werden. Wenn der Lehrherr ein Fachmann sei, könne aus unserm beruflichen Nachwuchs etwas Tüchtiges werden, aber niemals dort, wo der Prinzipal Kaufmann sei. Wenn der junge Gehilfe später in die Fremde kommt, kann er sich durch die Erfahrungen zum tüchtigen Stecher weiterbilden. Auch die Lehrverträge weisen in unserer Branche große Mängel auf und mancher ist mit der Gewerbeordnung nicht in Einklang zu bringen. Die Gehilfen sollten derartige Verträge bei den Eltern einsehen, um Mißstände in die Öffentlichkeit zu bringen. Es sei dem Lehrherrn leicht, die Verträge derartig auszustellen, daß er, wenn bei Konflikten das Gewerbeamt angerufen wird, einfach erklärt, mit dem Jungen überhaupt keinen Vertrag gemacht zu haben. Unser Tarif biete leider keine Handhabe, um dem Lehrlingsunwesen ein Paroli zu setzen. Die Tatsache ist zu verzeichnen, daß dieser Fehler von den Unternehmern ausgenutzt wird. Wir müßten alles daransetzen, um in einen neuen Tarif Bestimmungen hierüber aufzunehmen. Anfang Mai ds. Js. kamen auf 633 Gehilfen 248 Lehrlinge, oder auf 2,5 Gehilfen ein Lehrling. Daß dieses ungesunde Verhältnis schwere Nachteile zur Folge haben wird, muß jeder denkende Formstecher einsehen. Daß sich die Zentrale mit der großen Lehrlingsausbilderbefasse, sei sehr zu begrüßen. Es müsse mehr als bisher darauf gesehen werden, die Lehrlinge unserer Jugendabteilung zuzuführen, damit sie mit der »Graphischen Jugend« und der »Arbeiterjugend« vertraut werden. Die Letztere sei ein Blatt, aus dem auch der Erwachsene viel lernen könne. Für unsere Branche müsse ein Merkblatt herausgegeben werden. Ferner seien Nachhilfestunden einzurichten, damit die Lehrlinge das Zeichnen zum bessern Verständnis des Tapetendessins lernen und gute Konturarbeiter werden können, denn hier liege noch viel im argen. — Diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag muß sich die Gehilfenschaft zu eigen machen und allerorts dieses Thema behandeln. Nur wirklich tüchtige Arbeiter besitzen das Rückgrat, um alle Übelstände beseitigen zu helfen, ehe es zu spät ist. — Im Verschiedenen gelangte eine Anfrage an den Gaeleiter, ob es wahr sei, daß uns die »Graphische Rundschau« entzogen werden solle. Redner berichtete, daß ihm bis jetzt nur bekannt sei, das Blatt solle besser ausgebaut werden. Nach einer Aussprache über die jetzige Krise machte der Vorsitzende auf die kommenden Krankenkassenwahlen (dieses betrifft die Kollegen der Firma Börsch) und auf die am 1. November fällige Einpennig-Zulage aufmerksam.

# Feuilleton.

## Arbeiterbildung.

Als ich zum erstenmal euch sah —  
Mit off'nen Augen, hartem Munde,  
Im Stehen, Sitzen stumm und starr,  
Durch eine langgestreckte Stunde  
Aufsagen glerig Wort für Wort  
Und Satz für Satz dann überlegen,  
Da wußte ich im Augenblick:  
Mag auch die Zeit sich schwer bewegen  
Und mögt ihr auch die ärmsten sein,  
Sel auch viel Wahn in eurem Hoffen:  
Das steht so fest wie Stahl und Stein,  
Die Welt, die kommt, die steht euch offen.  
*Fritz Sängler,*  
(Aus der Münchener »Jugend«.)

## Sollen die Lehrlinge an den Senefelder-Feiern teilnehmen?

Diese Frage dürfte wohl in der Gehilfenschaft geteilte Meinung finden. Manche werden sagen: die Lehrlinge sollen erst etwas lernen; manche werden auch sagen: es kann schließlich nichts schaden, wenn sie teilnehmen. Wie eben die Meinungen in allem verschieden sind, und bei manchen »leben« Kollegen nur aus Oppositionslust, so auch hier. Unsere unmaßgebliche Meinung ist, daß es in der jetzigen Zeit, in der die Kinos mit ihren Sensations-Vorführungen den jungen Leuten ihre Pforten offen halten und in der auch sonst mancher Schund geboten wird, der sogar unter »vaterländischer« Flagge segelt, eher nützlich als schädlich sein kann, wenn die Lehrlinge an den Senefelder-Feiern teilnehmen. Man muß sich nur auch in den Mittel- und Kleinstädten bemühen, Senefelder-Feiern mit gutem Programm abzuhalten, und Schillers Ausspruch dabei beherzigen:

»Ernst ist das Leben, helter ist die Kunst.«  
Man kann Heiteres und Lustiges bieten, aber es muß gut sein; keine seltsamen Couplets, keine zweideutigen Sachen oder gar etwa Zoten und ähnliches Zeug. Folgt der Unterhaltung ein Ball, so ist ganz selbstverständlich, daß die Lehrlinge, schon im Interesse ihrer Gesundheit, nicht tanzen, sondern nach Hause gehen und schlafen.  
So könnte dann der vorletzte Vers des Gottfried Keller'schen »Wegelides« auch für unsere deutschen Verhältnisse passen!  
Und Wort und Lied, von Mund zu Munde,  
Von Herz zu Herzen hallt es hin;  
So blüht des Festes Rosenstunde  
Und muß mit goldner Wende fliehn!  
Und jede Pflücht hat sie erneuert,  
Und jede Kraft hat sie gestählt  
Und seine Körnersaat gestreuet,  
Die nimmer ihre Frucht verheilt.  
Drum wellet, wo im Felerkleide  
Ein rüstig Volk zum Feste geht . . . .  
Und keh' nicht besser ich nach Hause,  
So werd' ich auch nicht schlechter sein!

## Vom Büchertisch.

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. X. Jahrgang, Heft 9 und 10. Herausgegeben vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 5 Buchbeilagen; Preis 4,80 Mk.

«Bausteine des Weltalls. Atome und Moleküle. Von Dr. A. Zart. Mit zahlreichen Abbildungen Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franck'sche Verlagshandlung) Stuttgart. 100 Seiten 8°. Preis geheftet 1 Mk., gebunden 1,80 Mk.

Für jeden Denkenden bildet es einen hohen geistigen Genuß, mit den klar und einleuchtend geschilderten Fortschritten der physikalischen und chemischen Forschung bekannt gemacht zu werden, die eine völlige Umwälzung der naturwissenschaftlichen Atomtheorie herbeigeführt haben. Die Reihe der Kosmosbändchen erfährt zugleich durch diese neue, mit Bildern reich geschmückte Veröffentlichung eine hübsche Bereicherung. Ein heiß umstrittenes Problem, das immer wieder den Drang nach Erkenntnis herausfordert und trotz aller neueren Fortschritte doch noch der restlosen Lösung harret, wird es in leichtverständlicher und fesselnder Weise dem Verständnis eines weiteren Leserkreises nahe gebracht.

Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von *Julian Borchardt*. Nr. 1 und 2, 1. Jahrgang. Verlag der Lichtstrahlen, Berlin-Lichtenfelde 3, Hedwigstr. 1. Preis für das Heft 10 Pf.

Die »Lichtstrahlen« sollen allmonatlich je einen Aufsatz politischen, nationalökonomischen und gesellschaftlichen Inhalts bringen und außerdem Erziehungsfragen und andere interessante Themata behandeln. Die ersten Hefte entsprechen diesem Programm. Der billige Preis wird dem neuen Bildungsmittel weite Verbreitung sichern.

Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletarierleben von M. Andersen Nexö. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68. 190 Seiten 8°. Preis gebunden 1 Mk.

Das neueste Buch aus der Vorwärts-Bibliothek enthält eine Reihe der tiefen und packenden Erzählungen des Dänen M. Andersen Nexö, der in seinem Ursprung, seinem Aufstieg und in seiner frischen, ursprünglichen Darstellungs- und Gestaltungskraft viel Verwandtes mit dem Russen Maxim Gorki hat. Wie dieser, so entnimmt auch Nexö seine Stoffe aus dem Leben derer, die im Schatten leben. Seine Dichtkunst wurzelt tief im arbeitenden Volke, aus dem er hervorgeht und mit dem er mit jeder Faser fühlt und lebt. Und so reden auch alle seine Schriften, von denen uns der Vorwärtsverlag eine gute Auswahl bietet, vornehmlich zum Proletariat, dessen Dichter er ist.

August Bebel als Sozialpolitiker. Von Dr. *Heinrich Braun*. (Sonderabdruck aus Band III, 1. und 2. Heft der »Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung«, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun.) Verlag von Julius Springer, Berlin. 20 Seiten 8°.

Die Abhandlung Dr. Heinrich Brauns ist eine Würdigung der ausgedehnten und erfolgreichen Wirksamkeit des zur großen Arme abberufenen Führers auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Sie

läßt einen Begriff von der großen Bedeutung zu, die August Bebel auch als Sozialpolitiker hatte. Jeder Gewerkschafter wird die Braunsche Studie mit großem Interesse und tiefer Bewegung lesen, zeigt sie ihm doch abermals, welchen herben Verlust die Arbeiterschaft und mit ihr die an einer regen Förderung der Sozialpolitik besonders interessierte Gewerkschaftsbewegung durch August Bebel's Tod erlitten hat.

Die Gewerkschaftsbewegung in Plauen i. V. im Jahre 1912. Jahresberichte des Gewerkschaftskartells, des Bildungsausschusses, des Jugendausschusses, des Wirtschaftsausschusses für das Gewerkschaftshaus, der Bürgerrechtskommission und Berichte der Gewerkschaften. Selbstverlag des Gewerkschaftskartells Plauen i. V. 96 Seiten 8°.

Der gute Schriftführer und Berichterstatter. Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen von *Wilhelm Riepekoht*, Redakteur in Magdeburg. Verlag W. Planknuch & Co., Magdeburg, 60 Seiten 8°. Preis 60 Pf.

Das Schriftchen wird vielen Tausenden von Arbeitern hochwillkommen sein. Das riesige Wachstum unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, der Aufschwung des proletarischen Vereinswesens auf allen Gebieten bringt immer mehr Arbeiter in engste Berührung mit der Presse. Die Organisationen und Vereine erfordern ein Heer von Schriftführern, die die Interessen ihrer Körperschaften nach innen und außen mit der Feder vertreten müssen. Aber nur die allerwenigsten kennen die eigenartigen Erfordernisse der Presse, und es kommt zu ärgerlichen Enttäuschungen. Hier greift das Buch ein mit Belehrungen und Ratschlägen, die einer reichen Praxis entnommen sind und die Schrift zu einem wirklichen Hilfsbuch bei der Abfassung von Protokollen und von Berichten für die Presse machen, in Form, Satzbau und Stil. Das sauber ausgestattete Buch, das auch die im Jahrgang 1908 unseres Blattes erstmalig veröffentlichten 10 Gebote für Berichterstatter enthält, kann allen schriftlich tätigen Kollegen warm empfohlen werden.

Die Krebskrankheit. Von Dr. *Ignaz Zadek jun.* (Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 37.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 69. 28 Seiten 8°. Preis 20 Pf.

Die Krebsfrage steht augenblicklich im Vordergrund des öffentlichen Interesses und der Diskussion in der medizinischen wie in der Tagespresse, und deshalb kommt das vorliegende Heft zur rechten Zeit. Dieser schredlichste aller Schreden ist seit einem Menschenalter in beständiger Zunahme begriffen. Grund genug, daß sich allerorten medizinische Forscher und Praktiker mit dem Problem der Krebserforschung und Krebsbekämpfung beschäftigen. Grund genug aber auch, daß die breite Masse des Volkes, insbesondere die Erkrankten, aufgeklärt wird über die Krankheit, die frühzeitige Erkennung und die sofortige Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe bei dem geringsten Krebsverdacht. Das will das vorliegende Heft erreichen und deshalb versucht es mit aller Gründlichkeit und allem Ernst die Aufklärung der Arbeiter über das Krebsleiden und seine schweren Gefahren. Möge das inhaltsreiche Heft die verdiente Beachtung finden.

## Stellenangebote

**Tüchtige Farbätzer**  
für schöne Arbeiten in dauernder Stellung gesucht, desgleichen ein [210]

**Schwarz-Ätzer.**  
Gustav Dreher, Stuttgart.

**Tüchtiger Autoätzer,**  
welcher auch etwas Strich ätzt sowie ein tüchtiger [300]

**Nachschneider,**  
der Fräsen kann, in gut bezahlte, dauernde Stellung gesucht.  
Amerikanische Cliché Company,  
Hamburg, Ferdinandstraße 51.

**2 tüchtige  
Messingstecher**  
bei gutem Lohn für dauernde Beschäftigung sucht [240]  
Friedrich Schreier, Moritzberg  
b. Hildesheim.

## Stellengesuche

**Fräser u. Monteur,**  
12 Jahre in der Brandie, sucht dauernde Stellung in tarifreuer Anstalt. Gefällige Offerten an [105]  
H. Paul, Dresden-A.  
Gutzkowstraße 26.

**Metall-Retuscheur**  
sucht sofort Stellung. [60]  
W. Naumann, Chemnitz, Bergstr. 13.

## Verschiedenes

**Graphische Fachklassen**  
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-  
druck, Photochemische Verfahren,  
Entwurf und Werkstatt-Anschiebung.  
Prospekt freil. Kunstgewerbeschule  
**Barmen**

**Freie Fachschule für das  
graphische Gewerbe**  
Berlin S 61, Tempel-Herrenstraße 20 a  
Vorbereitungskurse  
zur Meisterprüfung sowie zur Ausbil-  
dung als Kontor- u. Betriebsbeamter.  
Kurse zur Ausbildung  
als Zeitungs- u. Reklamefachmann.  
Kalkulation von Buch- und Steinbruckerarbeiten,  
Buchführung, Kaufm. und allgemeines Rechnen.  
Kurse zur Einführung in  
das Offsetverfahren.  
Briefl. Unterricht. Vorbereitungskur-  
se auf die Meister-  
prüfung für das Buch- u. Steinbrucker-  
Kalkulation von Buch- u. Steinbruckerarbeiten  
sowie Papierkunde; Tonplattenschnitt.

**Die Umbildung der  
Chromolithographie**  
von Th. Kirsten, Hannover,  
Im Moore 26. Preis 5 Mk.  
Mitglieder für 4 Mk.  
Durch den Ortsvorstand!!  
Leichteste Zahlungsbedingungen. :

## Stadt Hannover

Leipzig, Seeburgstraße  
Billige gute Übernachtung, gute  
bürgerliche Küche und ff. Biere  
empfehlen  
Der alte W. Spieß.

## Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Ludka

48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8.- u. 8,50.  
Fachmännisch gepflegt ist das beste  
Umdruckpapier. — Goldlack gibt der  
Bronze festen Halt und tadelloser  
Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg  
Mk. 5.-. — Bestes Tonschutzmittel für  
Zink „Radikal“ p. kg Mk. 3,50. —  
Trockenmittel usw. [180  
H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

## Fachliteratur.

**Der praktische Umdrucker.**  
Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamt-  
gebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf

**Senefelders Lehrbuch der Litho-  
graphie und des Steindrucks vom  
Jahre 1821.**  
Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder  
4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.

**Alois Senefelder und die Erfin-  
dung der Lithographie.**  
Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf

**Der Aluminiumdruck (Algraphie).**  
Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Zu beziehen durch:  
**Conrad Müller, Schkeuditz.**

## Verbandsnachrichten

Ihrem 2. Vorsitzenden, Kollegen  
**Stephan Rebolz**  
ein herzliches Lebewohl  
bei seinem Scheiden von Frankfurt a. M.,  
wünschen ihm die Kollegen der [105  
Filiale II, Frankfurt a. M.

## Die „Neuen Bücher“

der Kollegen  
Cibulsky, Fritz, Lithogr., B.-No. 32056,  
Göbbels, Josef, „ „ 28800,  
Rabe, Friedrich, „ „ 34284,  
Jänike, Walter, Steindr., „ 34552,  
Ehrhardt, Friedrich, „ „ 33693,  
Lehnen, Peter, „ „ 33190,  
Bertram, Adolf, „ „ 7707,  
Schuberl, Oscar, Lithodr. „ 9549,  
Lüthi, Ernst, Kartograph, „ 31509  
befinden sich in der Zahlstelle Düsseldorf.  
Artur Winkler, Kassierer und  
Unterstützungsauszahler, Flurstr. 9, II.  
Ab 1. November Bruchstraße 50 II.

## Schweiz. Lithographenbund Sektion Basel.

Reise Unterstützung:  
mittags 1—1½ Uhr, abends 6—7½ Uhr  
im Bureau, Blumenrain 5, I.  
Anfragekarten an »Lithografia« Basel.

**Wollen Sie Ihr Inserat**  
pünktlich erscheinen lassen, so senden  
Sie es direkt an die Expedition.